



Rote Freiheit

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturmampf / Mensch und Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommunistische Genossen.

Bezugspreis monatl. frei Haushalt 2,50 RM. (halbjährlich 1,25 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 RM. (ohne Zustellungsgefehr). Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt. Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Bernhardstr. 17/259 / Postleitziffer: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Scheitstelle: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernstr. Unt. Dresden Nr. 17/259 / Drahtanlage: Arbeitsermittlungsschule Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Einzelnummer 10 Pfennig
ausgekündigt und in allen Städten erhältlich.
Nur
Bädele
Renner
Siegel
Siedermann
Glatzner, Helene
Mätzig
Neuhof

Güterbahnhof
Hallen höherer
Höhe 1,50 RM.
Güterbahnhof
Hallen höherer
Höhe 2 / Die "Arbeitsermittlung" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Höhe besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 29. April 1929

Nummer 99

Schamlose Verschleuderung von Steuergeldern bei bürgerlichem Sportrummel

Hunderttausend Mark Fehlbetrag beim Dresdner Sängerfest 1925 — Jetzt erst festgestellt! — Vernichtete Abrechnungsbelege — 1900 Mark Glühlungsgelder für den Vorstand — 50 000 Mark ohne Nachweis verausgabt!

Arbeitersportler demonstriert am 1. Mai mit den Kommunisten gegen den Korruptionskurs!

Dresden, den 29. April 1929.

Die ständige Redensart — es ist kein Geld da — alle Ausgaben müssen eingehalbt werden — ist immer dann laut und vernehmlich zu hören, wenn es gilt, die Lebenshaltung werktätiger Schichten herunter zu drücken. Diese Begründung muss schon immer herhalten, wenn die Mittel für soziale Zwecke beschlissen und dafür um so reicher das Geld für Kriegsrüstungen, Polizei, Kirche usw. ausgeworfen wurde.

Wie überall in Deutschland, so wurde auch in Dresden in den vergangenen Jahren dieses Jammerlied gefungen, und der sozialdemokratische Bürgermeister Bührer hat ja gerade bei der Aufstellung des Haushaltplanes 1929 bewiesen, dass er die Abförderung der sozialen Ausgaben ausgeschlossen versucht. Wie unverstanden dabei verfahren wird, soll nur durch zwei Beispiele gezeigt werden:

Während in dem Haushaltplan Bührers eine Mehrausgabe für die Ordnungspolizei von 600 000 Reichsmark gegenüber dem Jahre 1928 vorgesehen ist, wurden bei den Obdachlosen bei einer Summe von 20 000 RM 2000 RM gestrichen.

Man rechnet also damit, dass die Obdachlosen auch mit einem Löffel Suppe weniger auskommen können. Ebenso musste sich das Stadtverordnetenkollegium am vergangenen Donnerstag mit der Ablehnung von 2000 RM Zuschuss für die Rote Hilfe durch den Rat beschäftigen.

Auch die Arbeitersportorganisationen Dresdens können ein Lied davon singen, wie ihnen Beihilfen zu Veranstaltungen aller Art durch die Stadtgemeinde Dresden nicht nur nie auf ein Minimum heruntergebracht worden sondern dass sie dabei den schlimmsten Schikanen bei der Kontrolle ihrer Ausgaben unterworfen waren und sind.

Am 20. Juli 1925 wurden lumpige 3500 Mark Reise- fahrts auslöslich der 1. Arbeiter-Olympia in Frankfurt am Main abgelehnt, die vom Kartell für Sport und Körperschule, sowie vom Arbeiterschützenbund beantragt waren. Von allen bürgerlichen Parteien und vom Rat wurde diese Summe abgelehnt.

Anders verhält jedoch die kapitalistische Kommune, wenn es sich um bürgerliche Sportorganisationen handelt. Dafür liefert einen beinahe erschütternden Beweis die jetzt unter dem Druck der Kommunisten fertiggestellte Abrechnung für die Ausgaben beim Dresdner Sängerfest 1925 und ebenso beim Radfahrerfest 1926. Mit wütendem Geschrei wurden diese bürgerlichen Sportrummel propagiert zum Zweck der patriotischen Verebelung der Gehirne der Werktätigen.

Was hinter dem Geschrei vom „Dienst am Volke“ in Wahrheit steht, zeigt sich jetzt, nach der Feststellung der Abrechnung der Ausgaben für dieses Fest. Schamloseste Verschleuderung von Steuergeldern durch die patriotischen Sportler zum Zweck des Dummenfangs und zu niedrigstem persönlichem Eigennutz ist das Merkmal dieser Veranstaltung. Das Schlimmste und Bezeichnendste dabei ist, dass diese schumischen Geschäftsmacher gefestigt werden von sogenannten Arbeitervertretern, von Funktionären der Sozialdemokratischen Partei. Die standeshohen Dinge, die wir heute zu veröffentlichten beginnen, sind dem sozialdemokratischen Bürgermeister Bührer bekannt. Dieser aber hat nicht daran gedacht, den Sumpf der Korruption mit Hilfe städtischer Gelder aufzudecken und auszutrocknen, sondern hat im Gegenteil zu ihrer Verschleierung beigegetragen. Das vor allen Dingen sollen sich besonders die Arbeitersportler vor Augen halten, wenn sie nachfolgende Zeilen lesen!

Vom 20. bis 23. Juni 1925 fand in Dresden

das 1. Sängerfest des Sächsischen Sängerbundes statt, und vom 6. bis 11. August 1926 musste die Dresden Arbeiterschaft durch das Radfahrerbundestag noch wieder einen lassen. Für beide Veranstaltungen warf die Stadt Dresden erhebliche Mittel aus. Beim Radfahrerbundestag bezog die Stadt übernommene Garantie summe 50 000 RM.

Beim Sängerfest 1925 war der Standort noch etwas teurer. Die Ratsvorlage, die den Stadtverordneten vorgelegt wurde, jah

1. Gewährung eines festen Betrages von 50 000 RM;
2. Übernahme einer Garantie summe von 50 000 RM;
3. wurden noch einige „kleinere“ Unterstützungen der verschleierten Art gewährt, wie beispielweise: unentgeltliche Überlassung der städtischen Flurstücke für den Bau der Sängerhalle, Ermäßigung der Vergnügungssteuer, Feuerwehr-Lieferung von Wasser und elektrischem Strom, sowie die Ausschmiedung der Halle mit Fahnen.

Beide Ratsvorlagen wurden von dem Volksparteier Holz als Berichterstatter mit aller „Wärme“ vertreten und dann mit den Stimmen aller bürgerlichen Stadtverordneten angenommen.

Die kommunistische Fraktion im Dresdner Rathaus

kämpfte mit aller Stärke gegen die Ausweitung dieser Riesensummen und prophezeite im voraus, dass sie natürlich durch entsprechende Delikte bestimmt aufgebraucht würden.

Kunstlich seines Zeichens Oberbürgermeister, wies das damals mit den Worten zurück: „Wir wollen doch erst abwarten, wieviel von der Garantie summe gebraucht wird.“

Am 15. April 1926 fragte die kommunistische Fraktion in einer kurzen Anfrage nach der Abrechnung über das Sängerfest, um endlich festzustellen, was die Stadt bei diesem Rummel zu geschustzt hatte.

Stadtrat Köppen, als damaliger Finanzdezernent, gab die Antwort:

„Ich bin noch nicht in der Lage, eine endgültige Abrechnung vorzulegen. Eine Abrechnung ist zwar eingegangen, ich halte sie aber nicht für richtig. Nach unserer Berechnung beträgt unser Beitrag 35 000 RM.“

Die Abrechnungen liegen jetzt vor,

und die Dresden Arbeiterschaft kann sich jetzt davon überzeugen, wie recht die Kommunisten hatten, wenn sie damals schon ankündigten, dass die bürgerlichen Organisationen es schon verloren würden, die Garantie summen „aufzubrauchen“. Das

Arbeitersportler!

Besucht die heutige Stadtverordnetensitzung. Die Kommunisten stehen gegen die Korruptionsmethoden beim Sängerfest vor!

nachfolgend aufgeführte Material, das sich auf amtliche Unterlagen stützt und absolut einwandfrei ist, wird vor allem die Arbeitersportorganisationen Ost Sachsen interessieren.

Auszugswise veröffentlichen wir das wichtigste Material, wobei wir nochmals betonen, dass es in jeder Hinsicht stich- und hiebfest ist.

Das erste Dokument

1. Abrechnung des Sängerfestes betreffend

Die Verbindlichkeiten aus Inhalt des Sängerfestes sind noch nicht endgültig erledigt. Die Abrechnung ist deshalb eine vorläufige, um zunächst darüber Nachweis zu führen, dass das Fest mit einem größeren Fehlbetrag abgelaufen.

Noch der Abrechnung sind 16 781,75 RM noch dar vorhanden. Ob und in welcher Höhe dieser Betrag noch verausgabt wird, steht zur Zeit nicht fest; er scheidet demnach bei der Deckung des Fehlbetrages vorläufig aus. Eine Nachprüfung des Kassenbestandes auf seine Richtigkeit war nicht möglich, da über Einnahmen und Ausgaben ein Kassenbuch nach Sicherung des Geschäftsstellenleiters nicht geführt ist.

Es ist folgendes festzustellen:

Ohne Nachweis sind vereinnahmt:

6 180,50 RM Erlös für Festpostkarten,
5 500,- für Hallenpacht,
5 510,- für Hallenbeleuchtungen nach dem Feste.

Ohne Nachweis verausgabt:

47 450,40 RM ausgeräumte Quartiergebühren und Abfindungen,
4 201,- Rückvergütungen an Vereine (Quartiergeb.)
4 254,55 für geleistete Arbeiten für Wohnungsausstattung, Ausdrucken und Auszügen der Wohnungsbauamt usw.
2 026,- Rückvergütungen an Vereine für Postkarten an Post, Hallenbewirtschaftung betreffend,
501,25 kleinere Verläge der Geschäftsstelle.

In mehreren Fällen liegen nur Quittungen über geleistete Leistungen vor. Die eingegangene Korrespondenz lässt aber erkennen, dass eine Abrechnung dem in Frage kommenden Auschauvorliegenden vorgelegen hat und von diesen geprüft worden ist.

Die Einnahmen für Festkarten sind an der Hand der Meldepflichten festgestellt und geprüft worden. Die Einnahmen für Festplakatkarten und Konzertkarten sind auf Grund der von der Druckerei Umpert gelieferten Eintrittskarten und den bei der Geschäftsstelle noch vorhandenen, nicht verkauften Karten geprüft worden. Abrechnungen ergaben sich bei den Festplakaten zu 50 Pf., die in der Abrechnung als nicht verkauft mit 51 489 Stück erscheinen, während nur 24 437 Stück nachgewiesen werden konnten. Die fehlenden Karten sollen nach Ablauf des Geschäftsstellenleiters als Eintrittskarten für Hallenbeleuchtungen nach dem Feste verwendet werden. Weiter sind für die zweit Konzert und das Kinderkonzert in der Festhalle je 13 000 = 39 000 Stück Eintrittskarten hergestellt worden. In der Abrechnung wird aber nur über 27 550 Karten Nachweis geführt. Für den Sommernachtsball in der Ausstellung sind laut Rechnung 5000 Eintrittskarten geliefert, während nur über 3000 Karten Abrechnung vorliegt.

Die Einnahmen für Inserate im Festbuch sind mit 6890 RM bezeichnet. In Projekturen für abgeschlossene Inserationsaufträge sind über 152,80 RM ausgezahlt, und zwar:

118,50 RM 15 Prozent für 790 RM
144,- RM 20 Prozent für 7 070 RM

An verschiedene Auschauvorliegende sind Berechnungsgelder gezahlt worden, eine Abrechnung ist nicht vorhanden.

An die in der Geschäftsstelle tätig gewesenen Schreiber sind feste Monatsbezüge nicht gezahlt worden, vielmehr sind in der Regel alle 8 Tage Abholzahlerungen, außerdem größere Beiträge als

Ablösungsummen für Überhundert zusammen rund 12 000 Reichsmark geleistet worden, ohne dass von der Geschäftsstelle des Sängertages ein Steuerabzug vorgenommen ist.

8000 Mark Miete für die Geschäftsstelle

Für die Geschäftsstelle untergebracht in den Räumen der Firma Maag und Tisch, deren Inhaber Tisch der Geschäftsstellenleiter des Sängertages war) sind 4000 RM für Miete und Inventarbewilligung für die Zeit vom 15.2. bis mit 30.9. 1925 gezahlt und die Kosten der Heizung und Beleuchtung übernommen worden. Es ist dann außerdem noch eine Ablösungsumme von 4000 RM für Überlassung der Räume gezahlt worden. (Wohlgemerkt: das Sängertage dauerte ganze 4 Tage! D. Ver.)

2. Garantie betreffend

Die städtischen Körperschaften haben eine Garantie von 50 000 RM übernommen, jedoch als erbstellig zu garantieren obliegt. Der Sächsische Sängerbund hat unter dem 15.12.24 (Bl. 29 der Akten) keine Bedingungen gestellt und hierbei dem Rate mitgeteilt, dass er bereits über eine von der Dresden Arbeiterschaft ausgebrachte Garantie von 50 000 RM verfügt, (weiter unten werden wir nach, dass die Garantie summe nie vorhanden war, D. Ver.) und dass weiter die Sängerbund Sachsen Solingen haben eine Garantie in Höhe von 1 RM pro Sänger = 50 000 RM zu übernehmen. Es sind demzufolge einschließlich der Garantie summe der Stadt zusammen 150 000 RM garantiert worden. Die Stadt würde an dieser Garantie summe mit einem Drittel beteiligt sein und hätte ebenfalls in dieser Höhe an der Deckung des Fehlbetrages beizutragen.

Der Fehlbetrag

bezüglich nach der Abrechnung 110 000 RM, abhängig 16 781 RM Kassenstand = 93 238,25 RM. Hierzu ein Drittel gleich 31 079,40 RM rund 31 100 RM. Die vor der Festorganisation bereits aufgebrachte Garantie von 50 000 RM sollte auf 100 000 Reichsmark erhöht werden (Bl. 29 der Akten). Die vorstehend errechnete, von der Stadt zu zahlende Summe würde sich dann dementsprechend ändern.

Verdächtige Vernichtung von Abrechnungsbelegen!

Das Rechnungsamt der Stadt Dresden teilt dem Verlehrer mit:

1. Schlussabrechnung über das Sängertage

Der Sängerbund hat dem Rate zum Nachweis des Rechtes eine von der Festorganisation aufgestellte und von den Rechnungsprüfern des Sängerbundes für richtig befundene Abrechnung mit Belegen vorgelegt. Die vom Rechnungsamt weiter geforderten Unterlagen, als Kassenbücher, Rent- und Postabrechnungen-Mitschriften sind nicht eingegangen.

Demzufolge ist eine Nachprüfung der Einnahmen in solchen Umlagen nicht möglich gewesen.

Die seinerzeit vom Rechnungsamt vorgestellten Differenzen und dem Sängerbund erkt vor kurzem Bekanntgegeben worden. Der Sängerbund erhebt in seinem Schreiben vom 25. Januar 1925 gegenüber dem Rechnungsamt den Vorwurf, daß es seine Beanstandungen den Betriebsleitung seinerzeit nicht bekannt gegeben habe.

heute ist der Sängerbund nicht mehr in der Lage, eine Nachprüfung vorzunehmen, weil in der Zwischenzeit die Unterlagen vernichtet worden sind.

Es mußte demzufolge bei der Erklärung des Geschäftsstellenleiters, Herrn Tietz, Berichtigung gefaßt werden. Das Rechnungsaamt muß diesen Vorwurf zurückweisen, da es nicht die Stelle ist, die mit dem Sängerbund zu verhandeln hatte.

1500 Karten fehlen

Der Geschäftsstellenleiter, Herr Tietz, behauptet, daß der Kartenauftrag in Ordnung steht und daß seinerzeit sämtliche unerlaubten Karten zur Nachprüfung bereitgelegen haben. Dies ist aber nicht der Fall gewesen. Beispieleweise ist nur erwähnt, daß für die drei Hauptkonzerte 30 000 Eintrittskarten hergestellt und nach der Abrechnung 31 213 Karten verkauft worden sind. Durch Vorlegen der unerlaubten Karten und der Aufzeichnung über ausgegebene Freikarten konnte seinerzeit nur über 37 580 Stück Karten Nachweis geführt werden.

Eine Hebefetei für 2000 Mark

Zu dem Nachfrage zur Abrechnung über das Sängertfest ist folgendes zu bemerken:

Im Mai 1925 hat die Hebefetei für die Sängerhalle im Ausstellungspalast stattgefunden.

Hierfür sind 1925, 15 RM verausgabt worden.

Ob auch diese Ausgabe, die nur Höhe mit dem Sängertest an sich zusammenhängt, die Nachprüfungsumme der Garantie der Stadt Dresden mit umfaßt, wird der Entscheidung des Verkehrsamtes überlassen.

Weiter hat der Julius-Otto-Bund 330 Mark erhieltet erhalten. Dieser Betrag ist von ihm an den Wirt des Gewerbeausschusses als Entschädigung für eine im Mai 1925 im Gewerbeausschuß vorgenommene, jedoch mit Rücksicht auf das bevorstehende Sängertest ausgehellte Verankelung des Julius-Otto-Bundes geschahlt worden. Nach Auffassung des Rechnungsaamtes muß diese Ausgabe bei Ermittlung des Fehlbetrages auscheiden.

Heer Süß unterschlägt 1779,50 Mark

Auch kann die Ausgabe von 1779,50 RM nicht anerkannt werden,

die ein Karte Süß als Preis aus dem Verkaufe von Konzertkarten für sich vereinbart und bis heute noch nicht abgeliefert hat.

3000 Gedenkbücher nicht abgerechnet!

Die Firma Limpert hat nach dem Fest ein Gedenkbuch herausgegeben und hierbei die von der Dresden Photographen-Innung hergestellten Bilder aus dem Heilige mit vermerkt. Durch gerichtlichen Vergleich mußte die Firma Limpert 1200 RM Entschädigung an die Innung bezahlen. Hieraus sind nun Sängerbund 625 RM übernommen worden, wofür die Firma Limpert 2000 Stück Gedenkbücher dem Bunde kostenlos überlassen hat.

Diese Ausgabe muß ebenfalls beanstandet werden, weil Entnahmen aus dem Verkaufe der Gedenkbücher in der Abrechnung nicht erscheinen.

400 Mark Mietbetrag

Weiter hat der Geschäftsstellenleiter Tietz für die Grundstück Leipziger Straße 1 für Oktober bis Dezember 1925 600 RM und für Januar bis März 1926 300 RM eingerechnet. Das Grundstück Leipziger Straße 1 ist ein städtisches Grundstück, deshalb war in diesem Falle eine Nachprüfung der eingeschriebenen Ausgaben möglich. Hierbei stellte sich heraus, daß die Räume an die Abwicklungsstelle des Sängerbundes, nur bis Februar 1926 vermietet waren,

dass die Miete monatlich nur 100 RM betragen hat und demzufolge 400 RM mehr berechnet worden sind.

100000 Mark Fehlbetrag / 33000 Mark Steuergelder verplempert

1. Garantie betreffend

Kein rechnerisch ergibt die Schlussabrechnung des Sängertests nach dem hier vorgelegten Unterlagen einen Fehlbetrag von 105 315,90 RM.

Abgesehen von den im Prüfungsbericht vom 23. Dezember 1925 erwähnten, heute

jahrzählig nicht mehr leistbaren Differenzen

und den in diesem Prüfungsbericht an erster Stelle erwähnten 1928,15 RM für die Hebefetei, würde sich nach Abzug der oben beanstandeten 530 RM und 1779,50 RM und 625 RM und 400 RM, zusammen 3334,50 RM,

ein Fehlbetrag von 101 981,40 RM

ergeben. Bei Annahme von 3 Garanten — würde die Stadt 33 993,30 RM zu zahlen haben.

50 000 RM nicht vorhanden!

Der Sächsische Sängerbund hat in der Folgezeit erklärt, daß er durch die Angaben des Finanzamtsdienstleitenden der Zeit-

organisation, es sei bereits eine Garantie von 50 000 RM bei Dresdenner Fehlorganisation vorhanden, in diesem versteht werden sei.

Demzufolge sei auch die dem Rat gegenüber in dem Schreiben vom 15. Dezember 1924 aufgeführte Garantie der Dresdenner Fehlorganisation in Höhe von 50 000 RM in Wirklichkeit niemals vorhanden gewesen.

für den Fall, daß der Rat in kollegialem Zusammensetzung beschließen sollte, die Frage wegen des dritten Garanten als erledigt zu erklären, würde die von der Stadt gewünschte Garantie von 50 000 RM in voller Höhe zur Deckung des Fehlbetrages in Anspruch genommen werden müssen.

Trotzdem füllt also herausstellt, daß die angegebene Garantie von 50 000 RM lediglich der Dresdenner Fehlorganisation nur vorgetäuscht worden ist, wurde mit der Sängerbundesleitung ein Vergleich abgeschlossen, nach dem für den endgültigen Schließung des Sängertests nur 2 Garanten aufzukommen haben.

Der Schlusssatz des amtlichen Dokumentes darüber lautet:

Nach Absicherung des Verkehrsamtes ist die Bezeichnungsverklärung (Ueberteuungsbetrag für Landerwerb) eingegangen. Die reelle Garantiekumme wird laut Anweisung des Verkehrsamtes an das Betriebsvermögen überwiesen. Es bewendet nunmehr.

In gutes, für jeden Arbeiter verständliches Deutsch überjetzt heißt das nicht und nicht; die Sängerbundesleitung hat es ausgezeichnet verstanden, losgelöst zu machen, daß die von der Stadt Dresden übernommene Garantiekumme von 50 000 RM restlos aufgebraucht wurde. Jetzt steht immer noch nicht fest, ob die 200 000 RM, die der Sängerbundesleitung von der Stadtratskasse als Darlehen überwiesen wurden, zurückgezahlt werden sind. Darüber werden wir später berichten können. Morgen werden wir das amtliche Material über das Radierbundestest 1926 bringen.

Allein das skandalöse Material über das Sängertest genügt jedoch schon, um den Dresdenner Verkäufern zu zeigen, wie schamlos mit den von ihnen errichteten Geldern umgegangen wird. Diese beiden Behörden, die Hunderten von Straßenbahnen (Familienräder) mit fristloser Entfernung drohen, weil sie durch Feiern am 1. Mai der Stadt Dresden 19 000 RM "lost" wurden, haben bei bürgerlichen Sportvereinen fertiggebracht, organisierte Geschäftsmacher und Korruptionisten bei ihrem schändlichen Handwerk zu unterstützen. Das, was die Held-Koalition gegenüber den hinter ihr stehenden Unternehmerschichten als höchstes Prinzip betrachtet, die Subventionierung auf Kosten der Steuerzahler, wird auch in Dresden, und hier durch indirekte Unterstützung sozialdemokratischer Koalitionspartner vom Schlag Bührers, sanktioniert.

Solchen Leuten bewußt oder unbewußt Gesellschaft leisten, heißt Verrat an den Interessen der Arbeitersklasse begehen.

heißt Schindluder treiben mit den werktätigen Schichten, heißt zu Lakaien frecher Vollstrecker herabsturen. Gerade die Dresdenner Arbeitervortreter, die durch ihre Führer vor den Karren des sozialdemokratischen Parteivorsitzandes gespannt werden sollen, die mizbraucht werden sollen zur Wahlagitierung für eine Partei, die im Reich und in der Kommune Dresden koaliert ist mit den Helfershelfern des bürgerlich-konterrevolutionären Sports, müssen dieses Material, das wir ihnen unterbreiten, aufmerksam studieren. Sie werden dabei zu der Erkenntnis kommen, daß die unverhönlische Haltung der Kommunisten gegenüber den offenen oder verborgenen Koalitionspolitiken, der Politik des Versuchs auf den schwärmenden und unerbittlichen Kampf gegen das gesamte Bürgertum nicht nur berechtigt, sondern eine unerschöpfliche Klassenpflicht ist.

Sie müssen deshalb am 1. Mai mit den Kommunisten demonstrieren

für die Lösungen des proletarischen Klassenarobes, gegen die bürgerliche Sportkorruption und gegen jede Koalitionspolitik. Sie müssen aufmarschieren, wollen sie ihrer guten revolutionären Tradition treu bleiben, nicht gemeinsam mit den Vertretern der Hermann-Müller- und Seedorff-Partei, sondern unter den roten Fahnen des revolutionären Klassenkampfes. Sie müssen ihre ganze Kraft, ihre ganze Begeisterung und ihren Elan einsetzen für die Wahlarbeit zugunsten der einzigen Partei, die trotz Polizeiverfolgungen, trotz wüstester Heze und Terrors der Tradition des Klassenkampfes treueblieben ist.

Jeder Arbeitersportler muß ein Wörter für die kommunistische Partei 5. Mai!

Das ist die beste Antwort auf die Aufdeckung des schändlichen bürgerlichen Sportkorruptionslandstals in Dresden, ja.

Freispruch im Jorns-Prozeß!

Begünstigung der Mörder durch Jorns erwiesen — Genosse Wilhelm Pieck stellt Strafantrag gegen Jorns!

Berlin, 29. April. (Eig. Drahtmeldung.)

In dem Prozeß Jorns gegen Bornstein wurde folgendes Urteil gefällt: Der Redakteur des Tageblatt, Bornstein, wird freigesprochen. Das Gericht sieht als erwiesen an, daß der Nebenkläger Jorns dem Beschuldigten des Mordes an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Vorwurf geleistet hat. Demnach ist dem Angeklagten der Wahrscheinheitsbeweis für seine, die Ehre des Nebenklägers verleidenden Behauptungen gelungen. Deshalb mußte Freispruch erfolgen.

Unmittelbar nach der Urteilsverkündung im Jorns-Prozeß stellte der kommunistische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Pieck Strafantrag gegen Jorns und beantragte dessen sofortige Verhaftung. Die Reichstagsfraktion der KPD wandte sich gleichfalls mit einer Anfrage an das Reichswehrministerium. Die Redaktion der Roten Fahne richtete einen Ossenbrief an das preußische Justizministerium und die Staatsanwaltschaft, um gegen eine Verhinderung der Strafverfolgung des Jorns zu protestieren.

Rote Hausagitation in ganz Berlin

Tag 86 Verhaftungen glänzende Wertsung für 1. Mai

Berlin, 29. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Sonntag stand im Zeichen der agita- und höfpropaganda für den 1. Mai-Aufmarsch. Jörigels Polizei befand sich in Alarmzustand. Es wurden insgesamt 86 Arbeiter der Ab-

Bevorstehender Streit der sächsischen Elektromontenre

Die Elektromontenre hatten eine Lohnforderung von 118 Mark, bisher 115 Mark in der Spalte, gestellt. Zunächst schied die Unternehmer jede Erhöhung ab. Es wurde ein Schiedsgericht von 5 Pl. pro Stunde für 1. Jahr festgelegt. Dieses Schiedsgericht wurde von der Kollegenwahl ganz Sachsen ins einstimmig abgelehnt. Auch die Unternehmer schieden ihn ab. Es kam zu neuen Lohnverhandlungen. Die Unternehmer nahmen hier das Schiedsgericht ab, ab Oktober weitere 2 Pl. zu bewilligen. Daraufhin nahmen die Kollegen erneut Stellung. Nachdem die Leipzigser Kollegen Anfang voriger Woche dieses Ergebnis bereits so einstimmig abgelehnt hatten, nahmen am Sonntag die Dresdenner Elektromontenre Stellung und beschlossen mit reicher Dreiviertelmehrheit, in den Streit zu treten. Wie sich die Unternehmer in der Enge befinden, zeigt das Verhalten des reaktionären Stadtrates Sommer, der mit Entlassung droht will denjenigen, die die übrigen Kollegen für den Streit bestimmen lassen. Ohne daß die Lohnfrage endgültig geregelt ist, haben die Unternehmer ihrerseits den Lohn, den sie von der Kundshaft fordern, schon um 20 Pl. erhöht.

Ablehnung des Bergarbeiterstreitspruches

Berlin, 29. April

Der "Montag-Morgen" bringt eine Meldung aus Chemnitz, nach der christliche Bergarbeiterverband und der freigewählte sozialdemokratische Bergarbeiterverband den Schiedsgericht ablehnen.

Heraus mit den revoltierenden Arbeitsanstaltsinsassen aus dem Polizeigefängnis!

Mehr die Vorgänge in der Arbeitsanstalt Leuben erläutert mir, daß sich bis heute 9 der revoltierenden Insassen noch in Polizeigefängnissen befinden und nach den Ergebnissen der Untersuchung der Staatsanwaltschaft überführt werden sollen. In welcher Richtung diese "Untersuchung" vor sich gehen wird, zeigt die Tatsache, daß der Leiter der Arbeitsanstalt auf die Vorstellungen des kommunistischen Mitgliedes des Untersuchungsausschusses und Jugendamtes, Gen. Schumann, keine Rücksicht erachtet und über die Rechtslage gäbe es keine Klärung. Die Verhafteten hätten mittags beim Essen die Autonomie ausgenutzt und die demokratische abends wiederholten. Als die demonstrierenden Rundgebungen gibt es also nach der Meinung der Arbeitsdirektion "keine Ursachen". Auf dieser Basis bezog sich die Voruntersuchung. Da es sich um Insassen handelt, die Dresdener Kommunisten eingesetzt worden sind, wird die Dresdenner kommunistische Stadtverordnetenfraktion sofort zur Untersuchung dieser Vorgänge übergehen. Unter keinen Umständen soll die Behörde glauben, daß die Insassen der Arbeitsanstalt vollkommen der Willkür der Untersuchung und der vorgelegten Behörde rücksichtslos ausgeliefert sind. Auf jeden Fall muß gegen die Einbehaltung in Polizeigefängnissen schärfster Protest erhoben werden.

20 Ausschlüsse im BfGZ 12 Dresden

Die neue reformistische Bezirksleitung hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Kurs der Spaltung wird breit fortgesetzt. In ihrer ersten Sitzung am 21. April hat sie die reformistische Volksbezirksleitung zunächst auf 20 Ausschlüsse festgelegt.

Die besten Funktionäre, die ein Jahrzehnt aktiv tätig waren, gegen die Kulturrevolution erfolgreiche Arbeit geleistet haben, sollen nach dem Willen der SPD ausgeschlossen werden. Die Reformisten werden sich aber irre machen, wenn sie glauben, daß Ausschlüsse die Opposition mundtot zu machen. Die Kämpfergruppen in Dresden lehnen die Unterstützung der Koalitionspolitik des Bezirksvorstandes ab. Die Mitgliedsvereinigungen, die einen noch nie zu verzichtenden Besuch aufwenden, entscheiden sich für die oppositionelle Unterbezirksleitung. Und die Ausschlüsse der besten Funktionäre wird die Mitgliedschaft zunehmend erkennen, wer die Spaltung durchführt und daß die Opposition es ernst meint mit dem Kampf gegen die Kulturrevolution.

Zu jedem einzelnen an: Es gilt, die Solidarität des reformistischen Bezirksvorstandes zu verhindern. Kämpft mit der Opposition für die Einheit des Bergarbeiter-

Zeichnet euch zeitlos ein in die Listen zur sozialen Entwicklung einer neuen Generalversammlung nach dem alten Statut.

Vom Tage

Riesenbrand in Rotterdam

Am Amsterdam. In der vergangenen Nacht ist in einem Möbelmagazin in Rotterdam ein Riesenbrand ausgetreten. Im ersten Augenblick konnte der Eigentümer sich mit seinen Kindern aus dem brennenden Gebäude retten. Viele Personen flüchteten über die Dächer. Einige wurden dabei bewußtlos. Der Brand war bis jetzt nicht lösbar.

Ein englischer Großkraftwagen verbrannte

5 Personen getötet, 5 schwer verletzt

Am London. Zwischen Knowles Hill und Twickenham, in der Nähe von Maidenhead, fing ein mit 26 Personen besetzter Großkraftwagen Feuer und überbrannte. Ein Teil der Insassen wurde in den brennenden Trümmern eingeschlossen und konnte trotz aller Anstrengungen der zahlreichen, auf der Straße verkehrenden Feuerwehr nicht gerettet werden. 5 Personen wurden in den Flammen um, 5 weitere sind mit schweren Verbrennungen in die Krankenhäuser eingeliefert. Das Gefilden vor dem Eingang ist zu erstaunlichen Verlusten entzweit. Ein Auto erlitt einen Brand, als es stand, wie eine mit Petroleum bespritzte Holzmasse lichterloh brannte. Der Fahrer rettete mehrere Personen, bevor er nach dem nächsten Telefon rief und um die Entfernung von Aerzen und Pfegepersonal bat.

Ein polnisches Dorf durch Feuer zerstört

Am Warschau. Am Sonnabend ist das ganze Dorf Sztolpionko in der Woiwodschaft Szalissch durch ein Großfeuer zerstört worden. Den Flammen fielen nicht weniger als 50 Schafe zum Opfer.

Schwerer Unglücksfall bei der 3. Stendaler Kilometerprüfung für Automobile und Motorräder

2 Tote, 2 Schwerverletzte

Am Stendal. Bei dem am Sonntag vom Automobil- und Motorradclub Stendal veranstalteten 3. Stendaler Kilometerprüfungsfahren für Automobile und Motorräder ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, der 2 Tote und 2 Schwerverletzte forderte.

Der Betrug der „linken“ Sozialdemokraten an den Erwerbslosen /

Von
Siegfried Rädel
M. d. R.

In den letzten Tagen sieht man wieder recht viel in den sozialdemokratischen Zeitungen „von der Not der Erwerbslosen“. Für die man natürlich auch das übliche „Bedauern“ hört. Nur selbstverständlich fehlt es auch nicht an Versprechungen für die Zukunft. Gerade die „linken“ Sozialdemokraten sind ja Befürworter auf dem Gebiete der Versprechungen. Darum muss man gerade jetzt ihre Haltung im Reichstag kennzeichnen, damit die fachlichen Erwerbslosen wie auch die übrige Arbeiterschaft erkennen, welch widerliche Henckler doch gerade diese „linken“ Sozialdemokraten sind.

Bei der rückläufigen Konjunktur in der Industrie, der damit verbundenen steigenden Ziffer der Erwerbslosigkeit, bei dem überaus harten Winter, durch den die Not der Erwerbslosen ins unermessliche gestiegen ist, wäre es diplomatische Pflicht der Reichsregierung gewesen, die Not der Erwerbslosen zu lindern. Aber was sagen gegenüber allen Versprechungen die „nüchternen Tafachen?“ Bereits am 10. Juli 1928 hatten die Kommunisten im Reichstag Anträge gestellt, in denen sie forderten, dass die Krisensfürsorge auf die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit erweitert werde und in denen gleichfalls erhöhte Unterstützungen verlangt wurden. Am 10. Juli kamen diese Anträge zur Abstimmung und wurden von den „linken“ Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen niedergestimmt. Man braucht sich darüber nicht allzusehr zu wundern, denn durch diese Haltung legten ja die Sozialdemokraten nur ihre bisherige Haltung gegenüber den Erwerbslosen fort. Aber auffällig und charakteristisch ist, dass die Sozialdemokraten kurz vor Auflösung des Bürgerblod-Reichstages am 17. März 1928 noch einen Antrag stellten, in dem gefordert wurde:

„Die Krisensfürsorge so zu gestalten, dass die Arbeitslosen, die die Arbeiterchaft aus die Arbeitslosenunterstützung noch nicht erfüllen und die, deren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erhöht ist, für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit Unterstützung nach den Sätzen der Arbeitslosigkeit erhalten.“ (Wörtlich aus dem SPD-Antrag.)

Auso, am 17. März, vor den Wahlen forderten die Sozialdemokraten dasselbe wie die Kommunisten und am 10. Juli unter der Regierung Hermann Müller stimmten Toni Sender, Sendewitz, Saupe und Bipinski in holdem Einheitsfront mit den Trustherren der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen ihren eigenen früheren Antrag wieder.

Aber dies war erst der Beginn des maßlosen Verrats an den Interessen der Erwerbslosen. Als im vergangenen Herbst die Arbeitslosigkeit rapid anstieg und vor allem die Einheitsfront zum Eilegen kam, trat der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissel mit einem Gesetzentwurf über die Sonderfürsorge bei berufssüchtiger Arbeitslosigkeit vor den Reichstag. Dieser Gesetzentwurf hat überall im Reich bei den Saisonarbeitern größte Erditterung ausgelöst, und in der ersten Beilage musste selbst der Sozialdemokrat Graumann den Entwurf seiner sozialdemokratischen Ministerkollegen als „reactionär“ bezeichnen. Doch das hinderte nicht die gesamte sozialdemokratische Fraktion einschließlich der „linken“ sächsischen Sozialdemokraten, am 12. Dezember 1928 diesem reaktionären schändlichen Gesetzentwurf gegen die arbeitslosen Saisonarbeiter zuzustimmen.

Wie in den vergangenen Jahren, brachten die Kommunisten auch im Dezember 1928 einen Antrag auf Winterhilfe für Erwerbslose und Sozialrentner ein. Noch im vergangenen Jahre beschloss die Bürgerblod-Regierung eine, wenn auch bescheidene Beihilfe. Diesmal jedoch, unter der Regierung Hermann Müller, wurde der kommunistische Antrag für Winterhilfe niedergestimmt und beschlossen, seinerlei Beihilfe für die Erwerbslosen und die übrigen Bedürftigen auszuzahlen. Und wer saßt diesen Beschluss? Die Einheitsfront von den „linken“ Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen.

Aber damit noch nicht genug des Verrats. Hunger und Verzweiflung lehnten in den eisigen Wintertagen immer mehr in die Wohnungen der Erwerbslosen ein. Ende Januar zählten wir in Deutschland 3 200 000 Erwerbslose und 800 000 Kurzarbeiter. Die Kommunisten hatten wiederum eine Anzahl Anträge für die Erwerbslosen eingebrochen und forderten deren Beratung. Doch Präsident Löbe, gestützt auf die Einheitsfront von den „linken“ Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, verhinderte durch mehrere ablehnende Abstimmungen die Beratung von Woche zu Woche. Als dann die Erwerbslosen im Reich zu revolten begannen, als sie vor die Rathäuser und Parlamente zogen, brachten dann endlich am 2. Februar zur Verhü-

lung der Gemüter die Sozialdemokraten einen Antrag ein, in dem sie forderten:

1. Die Krisensfürsorge auf alle Berufe auszudehnen.
2. Die Bezugsdauer für die Krisenunterstützung für Unterstützungsantrag, die über 10 Jahre alt sind, auf die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit auszudehnen.

Besonders die „linken“ sozialdemokratischen Zeitungen brachten in großer Ausmachung diese sozialdemokratischen Anträge für die Erwerbslosen, und in Dutzenden von Versammlungen sagten man den Erwerbslosen, dass die Sozialdemokraten ja Anträge zur Linderung der Not im Reichstag eingebrochen hätten.

Am 7. Februar standen dann die sozialdemokratischen Anträge im Sozialpolitischen Ausschuss zur Beratung. Sie techneten allgemein damit, dass nur die Sozialdemokraten und Kommunisten für die Anträge stimmen und sie daher abgelehnt würden. Doch da erhob sich die Zentrumssabordnete Frau Teutsch und erklärte im Namen ihrer Fraktion, dass sie für die sozialdemokratischen Anträge stimmen würde, nicht wegen der Erwerbslosen, sondern um die Heuchelei der Sozialdemokraten aufzuzeigen. Und tatsächlich, kaum hatte Frau Teutsch gesprochen, erhob sich ausgerechnet wiederum der „linke“ Aufhäuser, um eine Beratung der Sitzung zu fordern. Was dann geschah, ist bekannt. Die Sozialdemokraten zogen den wesentlichsten Teil ihrer Anträge zurück. Als jedoch diese Anträge dann nochmals von den Kommunisten in der Reichstagssitzung am 8. Februar zur Abstimmung gestellt wurden, stimmten die Sozialdemokraten in namentlicher Abstimmung sogar offen gegen ihre eigenen Anträge, die sie kaum acht Tage vorher eingebrochen hatten. Und das taten sie nur, weil die Annahme dieser Anträge durch die Haltung des Zentrums gesichert war. Und die „linken“ sächsischen Sozialdemokraten? Sie machten dieses schändbare Beträugesmanöver nicht mit, sie enthielten sich auch nicht der Stimme, sondern in namentlicher Abstimmung stimmten folgende „Linke“ gegen ihre eigenen Anträge: Graf, Flechner, Kuhnt, Bipinski, Dr. Lewi, Saupe, Sendewitz, Ströbel, abwesend war West.

Und jetzt! Hitlerding und Wissel kündigen eine Verschlechterung der Saisonarbeiterunterstützung und der Erwerbslosenversicherung an, in dem die Beiträge der Arbeiter erhöht werden sollen, ohne die Unterstützungsrate irgendwie zu erhöhen, und dies nur, um dem Reichsjädel, d. h. den Trustherren Gelder zu ersparen.

Und auch diesen Streich machen die „Linken“ mit!

Das ist die Wahreheit!

Und wenn jetzt die „linken“ Sozialdemokraten im nächsten Wahlkampf ihre Herrscher überflügeln wollen, indem sie über ihre Haltung im Reichstag schweigen und darüberum die „linken“ Sozialdemokraten aufzuzeigen. Und tatsächlich, kaum hatte Frau Teutsch gesprochen, erhob sich ausgerechnet wiederum der „linke“ Aufhäuser, um eine Beratung der Sitzung zu fordern. Was dann geschah, ist bekannt. Die Sozialdemokraten zogen den wesentlichsten Teil ihrer Anträge zurück. Als jedoch diese Anträge dann nochmals von den Kommunisten in der Reichstagssitzung am 8. Februar zur Abstimmung gestellt wurden, stimmten die Sozialdemokraten in namentlicher Abstimmung sogar offen gegen ihre eigenen Anträge, die sie kaum acht Tage vorher eingebrochen hatten. Und das taten sie nur, weil die Annahme dieser Anträge durch die Haltung des Zentrums gesichert war. Und die „linken“ sächsischen Sozialdemokraten? Sie machten dieses schändbare Beträugesmanöver nicht mit, sie enthielten sich auch nicht der Stimme, sondern in namentlicher Abstimmung stimmten folgende „Linke“ gegen ihre eigenen Anträge: Graf, Flechner, Kuhnt, Bipinski, Dr. Lewi, Saupe, Sendewitz, Ströbel, abwesend war West.

Und jetzt! Hitlerding und Wissel kündigen eine Verschlechterung der Saisonarbeiterunterstützung und der Erwerbslosenversicherung an, in dem die Beiträge der Arbeiter erhöht werden sollen, ohne die Unterstützungsrate irgendwie zu erhöhen, und dies nur, um dem Reichsjädel, d. h. den Trustherren Gelder zu ersparen.

Und auch diesen Streich machen die „Linken“ mit!

Das ist die Wahreheit!

Und wenn jetzt die „linken“ Sozialdemokraten im nächsten Wahlkampf ihre Herrscher überflügeln wollen, indem sie über ihre Haltung im Reichstag schweigen und darüberum die „linken“ Sozialdemokraten aufzuzeigen. Und tatsächlich, kaum hatte Frau Teutsch gesprochen, erhob sich ausgerechnet wiederum der „linke“ Aufhäuser, um eine Beratung der Sitzung zu fordern. Was dann geschah, ist bekannt. Die Sozialdemokraten zogen den wesentlichsten Teil ihrer Anträge zurück. Als jedoch diese Anträge dann nochmals von den Kommunisten in der Reichstagssitzung am 8. Februar zur Abstimmung gestellt wurden, stimmten die Sozialdemokraten in namentlicher Abstimmung sogar offen gegen ihre eigenen Anträge, die sie kaum acht Tage vorher eingebrochen hatten. Und das taten sie nur, weil die Annahme dieser Anträge durch die Haltung des Zentrums gesichert war. Und die „linken“ sächsischen Sozialdemokraten? Sie machten dieses schändbare Beträugesmanöver nicht mit, sie enthielten sich auch nicht der Stimme, sondern in namentlicher Abstimmung stimmten folgende „Linke“ gegen ihre eigenen Anträge: Graf, Flechner, Kuhnt, Bipinski, Dr. Lewi, Saupe, Sendewitz, Ströbel, abwesend war West.

Und jetzt! Hitlerding und Wissel kündigen eine Verschlechterung der Saisonarbeiterunterstützung und der Erwerbslosenversicherung an, in dem die Beiträge der Arbeiter erhöht werden sollen, ohne die Unterstützungsrate irgendwie zu erhöhen, und dies nur, um dem Reichsjädel, d. h. den Trustherren Gelder zu ersparen.

Und auch diesen Streich machen die „Linken“ mit!

Das ist die Wahreheit!

Und wenn jetzt die „linken“ Sozialdemokraten im nächsten Wahlkampf ihre Herrscher überflügeln wollen, indem sie über ihre Haltung im Reichstag schweigen und darüberum die „linken“ Sozialdemokraten aufzuzeigen. Und tatsächlich, kaum hatte Frau Teutsch gesprochen, erhob sich ausgerechnet wiederum der „linke“ Aufhäuser, um eine Beratung der Sitzung zu fordern. Was dann geschah, ist bekannt. Die Sozialdemokraten zogen den wesentlichsten Teil ihrer Anträge zurück. Als jedoch diese Anträge dann nochmals von den Kommunisten in der Reichstagssitzung am 8. Februar zur Abstimmung gestellt wurden, stimmten die Sozialdemokraten in namentlicher Abstimmung sogar offen gegen ihre eigenen Anträge, die sie kaum acht Tage vorher eingebrochen hatten. Und das taten sie nur, weil die Annahme dieser Anträge durch die Haltung des Zentrums gesichert war. Und die „linken“ sächsischen Sozialdemokraten? Sie machten dieses schändbare Beträugesmanöver nicht mit, sie enthielten sich auch nicht der Stimme, sondern in namentlicher Abstimmung stimmten folgende „Linke“ gegen ihre eigenen Anträge: Graf, Flechner, Kuhnt, Bipinski, Dr. Lewi, Saupe, Sendewitz, Ströbel, abwesend war West.

Und jetzt! Hitlerding und Wissel kündigen eine Verschlechterung der Saisonarbeiterunterstützung und der Erwerbslosenversicherung an, in dem die Beiträge der Arbeiter erhöht werden sollen, ohne die Unterstützungsrate irgendwie zu erhöhen, und dies nur, um dem Reichsjädel, d. h. den Trustherren Gelder zu ersparen.

Und auch diesen Streich machen die „Linken“ mit!

Das ist die Wahreheit!

Und wenn jetzt die „linken“ Sozialdemokraten im nächsten Wahlkampf ihre Herrscher überflügeln wollen, indem sie über ihre Haltung im Reichstag schweigen und darüberum die „linken“ Sozialdemokraten aufzuzeigen. Und tatsächlich, kaum hatte Frau Teutsch gesprochen, erhob sich ausgerechnet wiederum der „linke“ Aufhäuser, um eine Beratung der Sitzung zu fordern. Was dann geschah, ist bekannt. Die Sozialdemokraten zogen den wesentlichsten Teil ihrer Anträge zurück. Als jedoch diese Anträge dann nochmals von den Kommunisten in der Reichstagssitzung am 8. Februar zur Abstimmung gestellt wurden, stimmten die Sozialdemokraten in namentlicher Abstimmung sogar offen gegen ihre eigenen Anträge, die sie kaum acht Tage vorher eingebrochen hatten. Und das taten sie nur, weil die Annahme dieser Anträge durch die Haltung des Zentrums gesichert war. Und die „linken“ sächsischen Sozialdemokraten? Sie machten dieses schändbare Beträugesmanöver nicht mit, sie enthielten sich auch nicht der Stimme, sondern in namentlicher Abstimmung stimmten folgende „Linke“ gegen ihre eigenen Anträge: Graf, Flechner, Kuhnt, Bipinski, Dr. Lewi, Saupe, Sendewitz, Ströbel, abwesend war West.

Und jetzt! Hitlerding und Wissel kündigen eine Verschlechterung der Saisonarbeiterunterstützung und der Erwerbslosenversicherung an, in dem die Beiträge der Arbeiter erhöht werden sollen, ohne die Unterstützungsrate irgendwie zu erhöhen, und dies nur, um dem Reichsjädel, d. h. den Trustherren Gelder zu ersparen.

Und auch diesen Streich machen die „Linken“ mit!

Das ist die Wahreheit!

Und wenn jetzt die „linken“ Sozialdemokraten im nächsten Wahlkampf ihre Herrscher überflügeln wollen, indem sie über ihre Haltung im Reichstag schweigen und darüberum die „linken“ Sozialdemokraten aufzuzeigen. Und tatsächlich, kaum hatte Frau Teutsch gesprochen, erhob sich ausgerechnet wiederum der „linke“ Aufhäuser, um eine Beratung der Sitzung zu fordern. Was dann geschah, ist bekannt. Die Sozialdemokraten zogen den wesentlichsten Teil ihrer Anträge zurück. Als jedoch diese Anträge dann nochmals von den Kommunisten in der Reichstagssitzung am 8. Februar zur Abstimmung gestellt wurden, stimmten die Sozialdemokraten in namentlicher Abstimmung sogar offen gegen ihre eigenen Anträge, die sie kaum acht Tage vorher eingebrochen hatten. Und das taten sie nur, weil die Annahme dieser Anträge durch die Haltung des Zentrums gesichert war. Und die „linken“ sächsischen Sozialdemokraten? Sie machten dieses schändbare Beträugesmanöver nicht mit, sie enthielten sich auch nicht der Stimme, sondern in namentlicher Abstimmung stimmten folgende „Linke“ gegen ihre eigenen Anträge: Graf, Flechner, Kuhnt, Bipinski, Dr. Lewi, Saupe, Sendewitz, Ströbel, abwesend war West.

Und jetzt! Hitlerding und Wissel kündigen eine Verschlechterung der Saisonarbeiterunterstützung und der Erwerbslosenversicherung an, in dem die Beiträge der Arbeiter erhöht werden sollen, ohne die Unterstützungsrate irgendwie zu erhöhen, und dies nur, um dem Reichsjädel, d. h. den Trustherren Gelder zu ersparen.

Und auch diesen Streich machen die „Linken“ mit!

Das ist die Wahreheit!

Und wenn jetzt die „linken“ Sozialdemokraten im nächsten Wahlkampf ihre Herrscher überflügeln wollen, indem sie über ihre Haltung im Reichstag schweigen und darüberum die „linken“ Sozialdemokraten aufzuzeigen. Und tatsächlich, kaum hatte Frau Teutsch gesprochen, erhob sich ausgerechnet wiederum der „linke“ Aufhäuser, um eine Beratung der Sitzung zu fordern. Was dann geschah, ist bekannt. Die Sozialdemokraten zogen den wesentlichsten Teil ihrer Anträge zurück. Als jedoch diese Anträge dann nochmals von den Kommunisten in der Reichstagssitzung am 8. Februar zur Abstimmung gestellt wurden, stimmten die Sozialdemokraten in namentlicher Abstimmung sogar offen gegen ihre eigenen Anträge, die sie kaum acht Tage vorher eingebrochen hatten. Und das taten sie nur, weil die Annahme dieser Anträge durch die Haltung des Zentrums gesichert war. Und die „linken“ sächsischen Sozialdemokraten? Sie machten dieses schändbare Beträugesmanöver nicht mit, sie enthielten sich auch nicht der Stimme, sondern in namentlicher Abstimmung stimmten folgende „Linke“ gegen ihre eigenen Anträge: Graf, Flechner, Kuhnt, Bipinski, Dr. Lewi, Saupe, Sendewitz, Ströbel, abwesend war West.

Und jetzt! Hitlerding und Wissel kündigen eine Verschlechterung der Saisonarbeiterunterstützung und der Erwerbslosenversicherung an, in dem die Beiträge der Arbeiter erhöht werden sollen, ohne die Unterstützungsrate irgendwie zu erhöhen, und dies nur, um dem Reichsjädel, d. h. den Trustherren Gelder zu ersparen.

Und auch diesen Streich machen die „Linken“ mit!

Das ist die Wahreheit!

Und wenn jetzt die „linken“ Sozialdemokraten im nächsten Wahlkampf ihre Herrscher überflügeln wollen, indem sie über ihre Haltung im Reichstag schweigen und darüberum die „linken“ Sozialdemokraten aufzuzeigen. Und tatsächlich, kaum hatte Frau Teutsch gesprochen, erhob sich ausgerechnet wiederum der „linke“ Aufhäuser, um eine Beratung der Sitzung zu fordern. Was dann geschah, ist bekannt. Die Sozialdemokraten zogen den wesentlichsten Teil ihrer Anträge zurück. Als jedoch diese Anträge dann nochmals von den Kommunisten in der Reichstagssitzung am 8. Februar zur Abstimmung gestellt wurden, stimmten die Sozialdemokraten in namentlicher Abstimmung sogar offen gegen ihre eigenen Anträge, die sie kaum acht Tage vorher eingebrochen hatten. Und das taten sie nur, weil die Annahme dieser Anträge durch die Haltung des Zentrums gesichert war. Und die „linken“ sächsischen Sozialdemokraten? Sie machten dieses schändbare Beträugesmanöver nicht mit, sie enthielten sich auch nicht der Stimme, sondern in namentlicher Abstimmung stimmten folgende „Linke“ gegen ihre eigenen Anträge: Graf, Flechner, Kuhnt, Bipinski, Dr. Lewi, Saupe, Sendewitz, Ströbel, abwesend war West.

Und jetzt! Hitlerding und Wissel kündigen eine Verschlechterung der Saisonarbeiterunterstützung und der Erwerbslosenversicherung an, in dem die Beiträge der Arbeiter erhöht werden sollen, ohne die Unterstützungsrate irgendwie zu erhöhen, und dies nur, um dem Reichsjädel, d. h. den Trustherren Gelder zu ersparen.

Und auch diesen Streich machen die „Linken“ mit!

Das ist die Wahreheit!

Und wenn jetzt die „linken“ Sozialdemokraten im nächsten Wahlkampf ihre Herrscher überflügeln wollen, indem sie über ihre Haltung im Reichstag schweigen und darüberum die „linken“ Sozialdemokraten aufzuzeigen. Und tatsächlich, kaum hatte Frau Teutsch gesprochen, erhob sich ausgerechnet wiederum der „linke“ Aufhäuser, um eine Beratung der Sitzung zu fordern. Was dann geschah, ist bekannt. Die Sozialdemokraten zogen den wesentlichsten Teil ihrer Anträge zurück. Als jedoch diese Anträge dann nochmals von den Kommunisten in der Reichstagssitzung am 8. Februar zur Abstimmung gestellt wurden, stimmten die Sozialdemokraten in namentlicher Abstimmung sogar offen gegen ihre eigenen Anträge, die sie kaum acht Tage vorher eingebrochen hatten. Und das taten sie nur, weil die Annahme dieser Anträge durch die Haltung des Zentrums gesichert war. Und die „linken“ sächsischen Sozialdemokraten? Sie machten dieses schändbare Beträugesmanöver nicht mit, sie enthielten sich auch nicht der Stimme, sondern in namentlicher Abstimmung stimmten folgende „Linke“ gegen ihre eigenen Anträge: Graf, Flechner, Kuhnt, Bipinski, Dr. Lewi, Saupe, Sendewitz, Ströbel, abwesend war West.

Und jetzt! Hitlerding und Wissel kündigen eine Verschlechterung der Saisonarbeiterunterstützung und der Erwerbslosenversicherung an, in dem die Beiträge der Arbeiter erhöht werden sollen, ohne die Unterstützungsrate irgendwie zu erhöhen, und dies nur, um dem Reichsjädel, d. h. den Trustherren Gelder zu ersparen.

Und auch diesen Streich machen die „Linken“ mit!

Das ist die Wahreheit!

Und wenn jetzt die „linken“ Sozialdemokraten im nächsten Wahlkampf ihre Herrscher überflügeln wollen, indem sie über ihre Haltung im Reichstag schweigen und darüberum die „linken“ Sozialdemokraten aufzuzeigen. Und tatsächlich, kaum hatte Frau Teutsch gesprochen, erhob sich ausgerechnet wiederum der „linke“ Aufhäuser, um eine Beratung der Sitzung zu fordern. Was dann geschah, ist bekannt. Die Sozialdemokraten zogen den wesentlichsten Teil ihrer Anträge zurück. Als jedoch diese Anträge dann nochmals von den Kommunisten in der Reichstagssitzung am 8. Februar zur Abstimmung gestellt wurden, stimmten die Sozialdemokraten in namentlicher Abstimmung sogar offen gegen ihre eigenen Anträge, die sie kaum acht Tage vorher eingebrochen hatten. Und das taten sie nur, weil die Annahme dieser Anträge durch die Haltung des Zentrums gesichert war. Und die „linken“ sächsischen Sozialdemokraten? Sie machten dieses schändbare Beträugesmanöver

1. Mai

Wir, die wir die Faust am Hebel
der von uns gestürtzen Welt;
wir sind in Ruh und Reib
und Finsternis getötet.
Gefangen sind wir in Ketten,
gefangen in Sklaverei
und fütern andere fetten
Ausbeuter.
Schlau! Herbei!
Heraus aus der Fazit!
Die Werftstadt verlassen!
Zum Kampf bereit!
Heraus, ihr Massen!
Heraus aus dem letzten Kellerloch!
Herbei! Herbei!
1. Mai!

Den 1. Mai beginnt jeder klaffendbewußte Proletarier durch Arbeitseruhe und beteiligt sich an der Masseite der KPD.

Arbeitersportler demonstrieren am 1. Mai mit der KPD

Schadwitz: Alle Genossen des Arbeitsgebietes Leuben-Schadwitz-Riesaerstädt-Döbzig-Ludwig werden eingeladen, Partei Propaganda für den Maiaufmarsch der revolutionären Arbeiterchaft zu treiben. Als offizielle Parade für die Entwicklung der Arbeiterkraft zur kommunistischen Bewegung und ihrer Partei ist zu vernehmen, daß der Tambourzug der Freien Turner Schadwitz verschlossen hat, an der Demonstration der KPD teilnehmenden Brava! Stellplatz zur Demonstration ist die Sennenhalle Straße in Schadwitz. Stellen 200 Uhr. Dieser Aufmarsch muß eine gewaltige Kampagne gegen den Dreikind-Kapital, Staat und Reformismus werden. Heraus zur Kundgebung!

Äußerer Größenwahn bei Müller-Heim

stellte sich nach ununterbrochenen Veröffentlichungen die mir über ihn zugeschriebe, heraus. Wir sprachen, da er seiner Partei mehrere von Vorteile den Namen "Bormärkte" gab, von Müller-Heim als dem "Marshall Bormärkte", der auf den Kunden der bürgerlichen Presse in den jüngsten Wahlkampf steht. Das hat ihn vollkommen verdreht. Der Mann ist ja "ung", doch man ihm noch die Bedeutung bestimmter Zeichen ("") offenzulegen muss. Er ist ja ernst, doch er läßt Worte und Bezeichnungen, die ihm ironisieren, die ihm lächerlich machen, als wäre und glaubte Würze nimmt. Er lächelt in einem Interat, das in der Interaten-Schauzeitung der Dresdner Neueste Nachrichten (Geld kostet nicht!) erschien. Selbst die Dresdner Zeitungspresse nennt ihn wegen seiner Tatkraft jetzt den "Marshall Bormärkte". Man stellt sich vor — Müller-Heim, der tollpätige Mann. In Interaten mag es das nun behaupten. Der Richtmeister vom Würzburger Blatt, der dem er bei einer seiner Jubiläumsfeiern auf den Rücken berührungsreich ist, wird über die "Tatkraft" des "Marshall Bormärkte" ebenso vergnügt lächeln wie wir über diesen ganzen läppischen Laden lächeln, den "Marshall Bormärkte" zum Gaudium aller einander normal denkenden Leute da aussiebt. Die Redaktionen der übrigen Dresdner Tageszeitungen können wir freilich nur hoffen, ihm von wegen der Interatenaufräge auch so etwas entgegengenommen. Wir müssen uns leider auch verlegen das Wahlergebnis vom 12. Mai mit der Blamage Müller-Heims in Aiffen (dazu gehören die Bullen!) veröffentlichten, da seine Partei inswischen vor die Hunde gegangen ist.

Die Freien Sänger Streiken, Männer- und Frauenchor, Mitglied des Deutschen Arbeitersängerbundes singen am 1. Mai 7 Uhr im Rhoosendionspart, Voßlandstraße, zum Vortrag feinen Kampf- und Freiheitssieder für Männer, Frauen und gemischten Chor.

Rot ist das Tuch, das wir entrollen . . .

"Rot ist das Tuch, das wir entrollen, liebt doch des Volkes Blut daran." Durch alle Straßen, durch alle Gassen, auf allen Plätzen, überall wo Kioskiereien, Barakken, Buden stehen, in denen ausgehauerte, schwundende, proletarische Menschen hausen, aber auch an Villen, Palästen, Brunnenbauten muß die rote Farbe hängen. Menschen und Menschen! Was so oft gesungen wurde, wieder einmal muß es in die Provinz umgesetzt werden. Rot ist das Tuch, das wir entrollen.

Die rote Farbe und die Ziffer 5 muß von Brettern, jalousen, Gangbahnen, Häuserfronten werben, rufen, schreien.

Ten einen, der großen überwiegenden ausgebauten Mehrheit ein Signal der Beteiligung, den andern, der ausbeuterischen Minderheit, die Schlachtfanfare, vor der sie zittern müssen. Es gilt jetzt, der Stadt unser einen Stempel aufzudrücken, ihr zu einer Gepräge zu verleihen. Schon regt sich die Willkür, die Tyrannie, die Bedrückung, es zu verbieten. Jörgiebel gab die Parole: Der 1. Mai soll verboten sein. Willkürhaft folgen die Polizeischergen dieser Parole.

Die Dresdner Polizeidirektion verbietet,

diese Genossen, die zum Reichsparteitag nach hier kommen, durch Transparente am Hauptbahnhof zu begrüßen. Sie begründet das Verbot mit verkehrspolizeilichen, im einzelnen nicht angeführten Gründen. Komisch, was? Man denkt vielleicht, es könnten sich Flieger in unseren Transparenten verfangen? Ach nein, Blide, bourgeois Blüte könnten sich in der Stadtkirche versangen.

Schild's Hotel, Pausdorf, Europahotel, die Quattrore der Großbourgeoisie stehen zu dicht am Hauptbahnhof, deshalb will man kein Rot dort sehen.

Denn es würde auf diese Herrschaften wirken wie das Rot auf den Stier bei der Epida. Es soll ja wirken und es wird ja wirken. Trotz aller Verbote! Jeder einzelne Genosse sei ein Picador im Wahlkampf, der vor sich die rote Farbe schwünft. Mag die Bourgeoisie wütend werden wie der Toto (so nennt man den Kampftier) in der spanischen Arena. Im Klassentambo wünscht der Torero, der Stierfachter, der die scharfe Klinge der wütenden Bestie in den Raden stößt. Wie tolle Trubläufe bilden die bürgerlichen Presseorgane über das "rote" Sachsen. Schon sind faschistische Elemente im Hitler-Soldte-hörfliegengewande dabei, die kommunistischen Transparente abzureißen. Das wird unseren Sieg nicht aufhalten. Ein Transparent reicht man herunter, wie die sagenhafte Köpfe der Hydra müssen fünf neu aufgehängt werden. Die Aktivität muß am Ankerste anwachsen.

In allen Stadtteilen befinden sich Bänkestuben. (Stadtteil I Brandenburger Hof; II Dahms Restaurant; III Erdgeschoss; IV Restaurant Mittel; V Restaurant Polters.)

§ AUS DRESDNER GERICHTSSÄLEN §

Der Radeberger Totschlag vor Gericht

Die 2. Tagung des Schwurgerichts verhandelte noch gegen den Schlossbergellen Erich Putrich aus Wallroda. Der unter dem schweren Verdacht des vorhörenden Totschlags Angeklagte ist am 3. Dezember 1905 geboren. Auf den ersten Blick sieht man in ihm den Proleten, der in der Zeit des Weltkrieges seine Jugend verlebt hat. Schwachsinn, unterernährt, wodurch er P. aus dem Völkerkrieg herausgekommen. Nachdem er aus der Schule entlassen, erlernte er in der Möbelfabrik bei Röderitz u. Co. in Radeberg das Schlosserhandwerk. Nach der Lehre blieb er auch weiterhin dort. Er arbeitete mit einem älteren Kollegen zusammen. Am 26. Februar 1923 tötete P. den Siedler. Was war der Grund? Nach der Tat flüchtete P. nach Leipzig. Mit den Worten, "ich habe meinen Kollegen erschlagen, bitte, nehmen Sie mich fest!" hieß es nach der Polizei. Stadtwand und von Neuem gesucht. Schließlich er die Tat. Siedler gehängt und schlanzt, kommt es sehr oft zum Streit mit S. Als Siedler seine Schwester als Dienst bezahlt und seine Familie der Schule verholt, fühlt sich P. in lebhafter Ehre gekränkt. Er macht seiner Schwester Missbildung. Die Schwester geht zum Friedensrichter. Siedler benutzt dies dazu, um P. aus neue zu peinigen. Am 26. Februar nach Telearabend kommt es erneut zu Auseinandersetzungen. Als S. ihn logisch zählich angreift und ihm einen Kinnhaken versetzt, läuft er mit seiner Beherzigung vorbei. Einen Messer, der ihm gerade in die Hand kommt, bewegt er um auf S. einzuschlagen. Siedler hüct und fällt in einen Wallkratz. Nachdem P. Recht, was er angestellt, verlässt er den Ort der Tat. Mit 10 Mark, die er von seiner Mutter bekommen, um Brod zu kaufen, flüchtet er nach Leipzig. Die Jungen könnten nur Gutes über ihn aus sagen. Ruhig, jedem Streit aus dem Wege gehend, war er bei allen beliebt. Ein Kräulein Hempel schätzte demgegenüber den S. als einen rechtshaberen, netten Streiter hinkenden und andere zum Ratzen hinkenden Menschen. So soll er ihn, nachdem er die Vorladung zum Friedensrichter erhalten hatte, gefangen haben, den fauleren

Büchsen fast in mir". Auch der Schiedsrichter weiß, ob wahrgenommen haben, daß S. sonst amfina. Ob medizinisch Dr. Oppo gibt sein Gutachten über den Schlußbefund. Nach dem Befund sollen die Schläge ins Gesäß gegeben sein. Infolge Nierenschwäche ist der Tod eindeutig. Die Tat ist im Attentat gedeckt. Der Staatsanwalt fordert überlegtem Totschlag (Warum nicht gleich Mord?). Strafantrag lautete auf 5 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Haftstrafe. Rechtsanwalt Dr. Lempke verteidigte nicht überzeugend, bat das Gericht nur Körperverletzung mit tödlichem Ausgang anzunehmen. Das Gericht verurteilte P. zu 2 Jahren Gefängnis.

Eine Stunde beim Einzelrichter

Ein Arbeiter, der den Eindruck eines Menschen macht, der nicht über viel Denkvermögen verfügt, steht vor dem Gericht. Der erste Fall. Er fährt einen zweitürigen Kohlenwagen voller Brillen vom Güterbahnhof weg. Seufzt die Brillen und lädt den Wagen stehen. Einer der Fahrräder entwendet er 35 Pfennig aus dem Beutel. Wenn ein laufender Gelder nicht ab. Als letztes lädt er einige völlig Unbekannte zu einer Bierzeitreise per Autobusfahrt nach Radeberg. Die Tage 18,10 Mark beträgt, verschwindet spurlos. Seine "Gäste" allein lösend. Weder vorzeitliche Flucht, noch ein anderer Grund, jeden Tatbestand seines Handelns gewesen. So führt der Angeklagte uns gemäß aus. Dem weiteren Verlauf der Verhandlung geht er völlig apathisch zu. In Magdeburg stellte er sich bei der Polizei. Trotzdem der Einzelrichter und der Staatsanwalt ihn als geistig nicht ganz normal beschreibt, verurteilt man ihn zu 1 Jahr 2 Monate Gefängnis. Also selbst gelingt frische, für ihre Taten nicht verantwortlich zu mägenden Menschen sind vor der zuständigen "Richter" nicht sicher. Wie werden da z.B. die besser Situations eingeschätzt, wenn sie einmal vor dem "Tribunal der Gerechtigkeit" erscheinen müßten. In 90 von 100 Fällen warten sie zur Zeit der Tat nicht rechnungsfähig. So urteilt die Kollaboranten.

Wegen schwerer Körperverletzung muhte sich der Spazierer L. verantworten. Nach ziemlich reizlichem Abholgenuss beim Kartenspiel steht er, wie ein "Kiebitz", einer anderen eine Karte zu. Da er bereits über 15 Mark verloren hat, steigt seine Erregung dermaßen, daß er so vermeintlichen Falschspieler auffordert, "mit ihm zusammenzukommen". Draußen schlägt er ihn mit einem Stock nieder. Mit schweren Verletzungen wird sein Kolliger aufgehoben. L. leidet an einer chronischen Mittelohrentzündung. Seine Erregungszustände, die in solchen Situationen in Wutanfälle übergehen, sind eindrücklich Entschuldigungsgrund für seine Tat genug. Um das Gericht zu überzeugen, bat er um eine gerichtsarztliche Untersuchung. Dies wurde abgelehnt. Mit zwei Monaten Gefängnis wurde er vom Einzelrichter bestellt. Wir fragen: Seit wann ist es üblich, einen Wahrheitsgeißler abzulehnen? Die zuständige Justiz möge sich dazu äußern. — Ein Hausmädchen mußte wegen "Diebstahl" von 8,88 Mark verantworten. Die Stellung bei einem Kantinenpächter (für 30 Mark) soll in ihm obigen Betrag aus der Tasche entwendet haben. Das Mädchen führte aus, daß sie dies Geld genommen habe, um es ihrem Chef wieder zu geben. Sie hatte es aber vergessen, und zwei Tage später nahm es der Chef selbst heraus. Kein Pfennig fehlte. Der gnädige Herr will selbst keine Anzeige erstattet haben. Nur so nebenbei hätte er es einem Polizeibeamten mitgeteilt, der dann vor "Amtswegen" die Sache in die Hand genommen hat. Das Verfahren wurde eingestellt. Der eifige Beamte aber verfaßte 20 Mark Strafe, wegen unentbüdigtem Fernbleiben von der Verhandlung. Auf ein Haar aber wäre auch hier wegen einer Kapalie bald ein Urteil gesprochen worden! Gola.

Schwere Verlehrunsfälle. Am Donnerstag morgen wurde auf dem Altmarkt eine 35 Jahre alte Lagergehilfin vor einer Lieferkraftswagen erfaßt und ein Stück geschleift. Mit schweren Verletzungen mußte sie nach dem Friedensrichter Krankenhaus gebracht werden. — In einem komplizierten Unfall kam es auf dem Böhsplatz nahe der Oppelsstraße. Dort fuhren 2 Radfahrer zusammen und kamen zu Fall. Einer von ihnen, ein 24 Jahre alter Mann, geriet mit dem Fuß unter die Räder eines vorbeifahrenden Sandwagens. Schmer verletzt wurde der Mann nach dem Krankenhaus gebracht.

AM KOPFHÖRER

Arbeitsminister Wissel (SPD), der Zeitungsredakteur, spricht am 1. Mai in der Berliner Kunststunde über das Thema: "Der 1. Mai im Wandel der Zeit." (1) Der Vortrag wurde bis jetzt nur von der deutschen Presse (wie komisch!) übernommen. Die Arbeiter bedurften sich für die marktstreitigen Worte des korrupten sozialdemokratischen Beraters an der Idee des 1. Mai. Will Wissel dabei etwa die 32-Stunden-Woche verteidigen? Sicherlich — was sollte er sonst erwidern...

Montag den 29. April

16,30: Konzert. 18,20: Wettervorausgabe und Zeitangabe. 18,30—18,55: Englisch für Anfänger. 18,55: Arbeitsnachweis. 19: Die Zukunft des Lustverleihs. 19,30: Der unbekannte Dozent. 20: Die Dichtkunst. Komische Oper in 1 Akt von Anton Dozon. 21,30: Autorenstunde: Axel Eggedrecht liest aus seinem Buch "Leben einer Prinzessin". 22,15: Zeitangabe. Wettervorausgabe, Pressebericht und Sportkunst. Anschließend bis 24: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Dienstag den 30. April

16,30: Aus klassischen Operetten. 17,45: Wettervorausgabe und Zeitangabe. 18,05: Umschau in der Welt der Frau. 18,30 bis 18,55: Französisch für Fortgeschritten. 18,55: Arbeitsnachweis. 19: In der Leipziger Kunstaustellung. (Eine Führung.) 19,30: Der vorhersehende Frauensitz im Wandel der Zeit. 4. Vortrag: Die schöne Seele. 20: Beliebte Opernwörspiele. 21: Ernst Toch mit eigenen Werken. 22: Zeitangabe. Wettervorausgabe, Pressebericht und Sportkunst. Anschließend bis 24: Qualität.

Die Angst vor den Kommunisten

"Wählt KPD Liste 5". — Der Text eines Transparenz, daß ein Arbeiter auf der Jakobsgasse vor das Fenster seines Logis gehängt ist. Die Wohnung befindet sich im "Volkstaatdruckereigebäude". In der Nacht vom 26. zum 27. April ist nun das Transparent von unbekannter Hand zerrißt. Trotzdem der Arbeiter durch das Gesicht aufmerksam geworden sofort zum Fenster hinaussah, war niemand mehr zu erblicken. Die Stange, welche mutmaßlich zum Abziehen benutzt worden ist, fand er am Morgen in der Hausschlur des Volkstaatgebäudes. Arbeiter und Arbeiterinnen, antwortet durch verstärkte Werbetaktigkeit. Transparente und Plakate ins Straßenbild. Rote Fahnen zum 1. Mai heraus. (Arbeiterkorrespondent.

Aus Dößnitz

Sollte es anders sein?

Schulstandarte sollen vertuscht werden

Dippoldiswalde. Am 26. März 1929 prangerten wir unter der Überschrift: „Das ist bürgerliche Erziehung“ die brutalen Methoden eines Lehrers Böhme an, der sich gegenüber einem blauäugigen Schulmädchen verabredet hatte und bezeichnete sie als „sehr hübsch“. In der Ausgabe vom 3. April 1929 veröffentlichten wir weiter die „Auschrift einer Arbeitersfrau“, die das von uns behauptete noch in wifungsschärfer Weise ergänzte. Wir verlangten von der Schulbehörde die strengste Untersuchung, Bestrafung des Lehrers, und forderten seine Entfernung aus dem Schulbetrieb. Weiter sprachen wir uns, daß wir gespannt darauf seien, wie man die Paragraphen aus, daß wir gespannt darauf seien, wie man die Paragrafen aus, die wir in diesem Falle anwenden werde, ob gegen uns, die wir den Skandal aufdeckten, oder gegen den Lehrer Böhme, der Urtsache war. Unsere Hoffnung, daß Herr Böhme den Unterzüge mit ehemaliger Ruhe entgegennehmen würde — wie wir, ist nicht eingetroffen.

Dafür hat der weitere Gang der Entwicklung dieses Falles uns erneut gezeigt, daß innerhalb des derzeitigen deutschen Erziehungswesens an der Belebung derartiger Skandale wie wir sie aufzeigten, nichts gelegen ist.

Aber könnte es anders sein? Wir schließen jedenfalls unter dem 18. April 1929 ein Schreiben, das wir als einen Beitrag zur deutschen Schulgeschichte, als meritorisches Dokument kulturellen Wertes, für die Arbeiterschaft jedenfalls aber interessant, nachdrücklich im Vorlaufe abdrucken. Es lautet:

Der Unterzeichnete bittet um Aufnahme in Ihre Zeitung des folgende Schreiben.

Die am heutigen Tage von der Lehrerschaft einberufenen Elternversammlung des Schulbezirks Paulsdorf hat im Beisein des Herren Schulte Perl, Dippoldiswalde, folgende Resolution angenommen:

„Die Elternschaft ist nach Ausklärung und Aussprache der Lehrer und Elternteile des Kindes voll davon überzeugt, daß die in der Arbeitersstimme unter Arbeiterskorrespondenz Nr. 452 und 497 erhobenen Anschuldigungen und Behauptungen des Lehrers nicht der Wahrheit entsprechen, sondern besonders diesen Vorfall außerordentlich.“

Die Elternschaft hat einstimmig der Lehrerschaft das volle Vertrauen ausgesprochen.

Schule zu Paulsdorf, am 12. April 1929.
gez.: Max Preischner, gez.: Otto Pöltner, gez.: Arthur Heidrich,
gez.: Gertrud Langer, gez.: Gustav Bishold.
Die Schulbezirksvertretung: Pöltner, Vorl.“

Wir sind bei Berichtigungen, die wir erhalten, eine fiktive Sprache gewohnt. Dieses Schreiben aber wurde nicht einmal als Berichtigung an uns eingangs, entsprechend alle nicht einmal den preisgezählten Bestimmungen. Es geht weiter nicht auf die einzelnen, von uns vorgelegten Punkte ein, die den Lehrer Böhme beschäftigen. Es ist nicht nur grammatisch eine „Glanzleistung“, sondern bleibt auch in jeder anderen Hinsicht ein Nachwert, mit dem wir uns etwas anders als der Einforderer annahmen, befassen. Wir wurden nämlich durch dieses Schreiben erst richtig davon überzeugt, daß es in der Schule zu Paulsdorf tatsächlich Wirkende zu beleidigen gibt, die nicht nur durch diese „merkwürdigen“ Gedankengänge erneut ihre Bestätigung fänden, sondern die man augenscheinlich zu verteidigen sucht. Wir untersuchten deshalb zunächst einmal, was denn auf der „Elternversammlung“ (die von den Lehrern einberufen worden war) beschlossen worden war! Und als Ergebnis der Untersuchung erhalten wir von unserem Gewerksmann nunmehr folgenden Bescheid: „Fest steht, daß in der Arbeitersstimme über den Lehrer Böhme und seine Erziehungsmethoden wahrscheinlich berichtet worden ist. Ein zu der Elternversammlung entstandener Gewissheit wurde leider nicht zugefüllt.“

Trotzdem erfahre ich, daß in dieser Versammlung vom Lehrer Böhme alles das zugegeben werden mußte, was die Arbeitersstimme berichtet hat.

Es bedauerte sogar, daß er sich so weit habe hinreichen lassen. Die Schule trage aber das Rötel. Sie hätte ja gefunken, so daß niemand mehr ihr hätte wollen. Deshalb hätte er sie eben vor die Türe gestellt.“ Auch der Fall mit dem Schildmaien („Ich

bin ein Schwine“) wurde von Lehrer Böhme zugegeben, wenn er auch „beschimpfend“ hinzufügte. „Umgehängt habe er es dem Mädchen nicht.“ Das Judentum einer derartigen Revolution, wie sie auch überwandt wurde, ist dadurch zu erklären, daß auf so einem kleinen Nest, in dem der Lehrer „eine Hauptperson“ ist, keiner mit ihm „sichelt lieben will“. Aus diesem Grunde (die Lehrerschaft hatte die Versammlung einberufen!) ist dann der „Lehrerschaft“ (bei der Endlos-Abstimmung schleppen man manchen zweitklassigen Kandidaten mit durch!) auch die Vertrauen ausgesprochen. Einstimmig aber nicht — wie auch von Pöltner berichtet wurde.

Wir halten also unter allen Umständen (das Pöltnerische Eingesandt können wir als Berichtigung nicht ansehen) unsere Behauptungen, die den Tatsachen entsprechen, aufrecht. Die gelegentlichen Telefone, von denen wir nicht wissen, wer sie zu veranlassen trachtete, und die uns immer wieder drängten, eine Berichtigung zu bringen, können uns in dieser Auffassung nicht unterstützen. Wie wissen genau, daß es Lehrer Böhme ist, der eine gerichtliche Ausstrahlung dieses Standards, die durch diese neue Charakterisierung dieses Falles durch unsere heutigen Veröffentlichungen aufstellt, zu fürchten hat. Man kann wohl in einer Elternversammlung eine Resolution durchdrücken, vor Gericht freilich muß man unter Eid aussagen, was an dieser oder jener Behauptung falsch oder richtig ist. Und das Aus sagen unter Eid ist nicht und kann nicht nach den Wünschen des von uns angegriffenen Lehrers sein. Meisterstück erscheint mir, daß unter der Ausweitung eines leibhaftigen Schulrotes eine solche „klare und einwandfreie“ Resolution gefaßt werden könnte. Tatsche — vertuschen — Berichtigung — Tatsche braucht man im Schulbetrieb der demokratischen Republik... Hoffentlich bleibt nur gewissen Leuten die Sprache nicht weg. Wir werden uns wieder erfinden...

Beschlechterung in der Glashütter Uhrenindustrie

Glashütte. Eine weitere Verschlechterung der hierige Uhrenindustrie ist offenbar erschienen, als am 20. April ein Drittel der Belegschaft bei beständigen Uhrenfabrik U.G. wegen Absatzmangel entlassen worden ist. Diese einflussreiche zweitgrößte Uhrenfabrik am Ostufer beschäftigt jetzt nur noch 12 produktiv arbeitende Kräfte. Am 1. Mai schließt die Firma H. Lange u. Söhne vorübergehend ihren Betrieb ganz.

Wir werden in den nächsten Tagen ausführlich über die Ursachen des Bankrotts der Stadt Glashütte berichten.

Witzenbach, Steinhausen statt Brot. Die Weiße

Aus Radebeul doch Kampftag!

Radebeul. Hier gibt es ein sogenanntes Arbeiter- und Kulturkaffell, dem alle Arbeiter-Vereinigungen angehören sind. In der letzten Sitzung war die Masse auf der Tagessitzung, welche seit Jahren gemeinsam abgehalten wurde. (Aber eigentlich!) Der zweite Vorsitzende SPD-Jugendsekretär Wolf, Stadtverordneter, aufgeblähte Größe von Radebeul, glaubte den Kampftag in ein Sportfest umwandeln zu können. Er wünschte einen Spaziergang ohne Transparente. Wie üblich jedes Jahr wollte man bei der SPD mit geballten Fausten in der Holzstraße auf der Osterbank demonstrieren. Aber die Rechnung hatten sie ohne die KPD und den KAV gemacht. Letzterer hatte seine Aufnahme in das Kulturkaffell beantragt. Und nun plante die Bombe. Wir verlangten, der 1. Maiabendfeier sei eine Gepräge zu verleihen, in dem das gesamte revolutionäre Proletariat seine Forderungen durch Schrift und Kundgebung sollte. Vor allem Kampf dem Konkordat, dem Kapital, den Sozialfakultäten usw. Dieses konnten die parlamentarisch eingetreteten Gehirne der Radebeuler sozialistischen Führer nicht lassen. Sie lehnten die Aufnahme des KAV mit 12 gegen 6 Stimmen ab. Mit dem Bemerk, sie könnten es nicht dulden, daß der KAV als Anhänger der KPD in Uniform den Zug begleiten solle. (Welche Angst vor der Wählerkraft!) Sonst könnte bei den Wählern die Meinung austauschen, es könnte sich um einen kommunistischen Umzug handeln. Gleichzeitig hatte die KAV ihre Aufnahme beantragt, welche auch einstimmig angenommen wurde. KPD und KAV sah sich nun mehr gezwungen, am 1. Mai zu handeln. Allen revolutionären Arbeitern Radebeuls ruft die Kommunistische Partei Deutschlands zu: Kampft mit uns! Vor allem gegen die sozialdemokratischen Führer. Leistet diesen Radebeulern SPD-Führern keine Gefolgschaft am 1. Mai. Denn wie überall im Reiche haben auch hier in Radebeul diese Kapitalistnächte vertraten und eure Interessen mit führen getreten. Jeht vor der Wahl schwingen diese Seifenkübler und Bierdeckselsolden die große Flosse und stellen sich als Interessenvertreter der Arbeiterschaft an. Radebeuler Arbeiter, lehnt euch in der Stadtverordnetenversammlung die Köpfe der SPD an. Vor allem die Stadtverordneten Sudtirol, Wolf, Bielen und Glanzel. Hauptfachlich aber den berufsmäßigen Baudelegierten Schneider, welcher in der Bauhütte revolutionär bis auf die Zähne ist, doch aber weigert die Arbeitersinteressen zu vertreten. Dem Arbeitgeber gegenüber steht dieser harde Maulheld und Ziegelträger vollständig in sich zusammen. Geht ihnen am 12. Mai die Stützung und wählt am 12. Mai KPD Liste 5. Am 1. Mai 1930 stellt die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft Radebeuls mit der KPD und dem KAV zum gemeinsamen Demonstrations-Umzug an der scharfen Ecke bzw. Ostraufenkante. (Arbeiterkorrespondenz Nr. 668.)

Königswartha. Steinhausen statt Brot. Die Weiße

des Ehrenmals für die ehemalige Königl. Sächs. Armee in Königsbrück wird am Sonntag dem 20. Mai normittags unter Teilnahme einer Ehrenkompanie der Reichswehr stattfinden. Angetragen auf den faschistischen Rummel durch intensive Werbarbeit für die Kommunistische Partei und ihre revolutionäre Liste 5.

Wir werden in den nächsten Tagen ausführlich über die Ursachen des Bankrotts der Stadt Glashütte berichten.

Witzenbach, Steinhausen statt Brot.

Aus der Oberlausitz

Götterdämmerung im Doberschauer Gemeindeparkt

Doberschau. Die letzte Gemeindeverordnetenversammlung bot wieder ein Schauspiel für Götter, so scheint der neugebildete Lagerhalter in seinem Bericht in der Doberschauer Promenadenantane. Treffenber konnte er die Sitzung allerdings nicht bezeichnen. Vorwürfe des Obersozialistischen Kulanek wogen gänzlich im Umfallen der SPD-Faktion auf sein armes Haupt herabprasseln lassen mußte, gänzlich vergessen zu haben, wer eigentlich als Regisseur und Hauptdarsteller in diesem Schauspiel wirkte! Freilich, er kann ja auch unmöglich schreiben, daß er und seine sachlichen, an etwas Parlamentarismus gewöhnten Politiker (wer denkt bei dieser Gelegenheit nicht an den hässlichen Stadtrat und an den würdigen Kururkensel des großen Dichters Fliege von Rammenau?) wegen den empörenden Justizien aus dem Justizbauerraum das Segel streichen müßten! Oder sollte das minutiösen anhaltenden Handelslärm im Justizbauerraum bei ihrem Verlassen der Sitzung gar ein Bravo für diese Heldenat gewesen sein? Einer von der Partei Faktion hätte ja bald den Amtsklub verpakt! Unumstößlich fällt nicht jedoch, daß sein edler Denkerhaupf bei diesem alles übertreffenden Glanzleistung beharrlicherweise einen empfindlichen Knacks bekommen hat! Oder hat ihm der Obersozialistisch vielleicht gar, nur um den flüchtigen Eindruck etwas zu verwischen, be-

wußte Lügen in die Feder diktiert? Die Horschläge unseres Genossen Helas wurden nicht nur den verbündeten Berufsnoten, sondern auch der starken Fraktion unterbreitet, in ihrer Ausweitung auch darüber abgestimmt! Doch dieser „verbündete kommunistische Bürgermeister“, wie kann der sich doch erlauben, gleich 27,50 RM pro Monat Gehaltszähmung zu verlangen? Haben etwa die zwei rechten Hände, die er nach Auffassung der SPD per Elag von Moskau bezogen hat, soviel gelöst? Und die arme weibliche Hillstratt, (die Tochter des großen Kulanek) von der zwar heute nach zwei Jahren noch niemand recht weiß, wie und warum sie überhaupt ins Gemeindeamt kam (hölle Mäuler behaupten, sie wäre überall wegen Unzulänglichkeit im Dienst herausgestossen) die doch so schon im warme überreichten Kleid saß, die muss nur wegen den verdammten Kommunisten gehen! Was brauchen auch die Gewerksachen die 809 Mark, die durch ihren Fortgang jährlich übrig bleiben? Die sind doch immer von der SPD im Reichs-, Land- und Gemeinderätenkammern großzügig bedacht worden! (Wer wagt da zu lachen?) Einwohner von Doberschau! Beachtet immer so zahlreich wie bisher die Gemeindeverordnetenversammlungen, dann wird es euch nicht schwer fallen, zu entscheiden, wer eure Interessen vertritt. (Arbeiterkorrespondenz 661.)

Überwachung einer Freidenferversammlung

Döbendorf. Am 20. April 1929 tagte im Schützenhaus die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes für Freidekonfertum und Feuerbestattung. Der Referent für diese Versammlung war der Genosse Stula aus Löbau vorgestellt, welcher aber auf Grund der Vorformulare in der letzten Bezirkskonferenz am 14. April 1929 in Dresden nicht bei uns in der Bezirkssitzung erschien, an dessen Stelle aber das Bezirksvorstandsmitglied G. Geiß-Welken anwesend war. Wir haben schon immer in jeder UB und Bezirkssitzung dagegen protestiert, daß gerade dem Lande zu wenig Aufklärung wird. Wir glaubten nun von Seiten des G. Geiß ein auffärrendes Referat zu hören, denn es kostet doch der Bezirkssitzung immerhin ein schönes Stück Geld, von Meißen nach Döbendorf aber weit gefehlt. Als erstes hörten wir nur eine Kommunistenrede, dann ein tieles Bedauern, daß Gen. Stula nicht wieder gewählt wurde im Bezirkssitzung. Weder ein kulturpolitisches Referat noch den Bericht von der letzten Bezirkssitzung konnten wir hören. Gen. Martin gehörte diese Vorformulare der letzten Bezirkssitzung in Sachen der Genossen Stula und Schmitz aufs Äußerste und läßt die Verfassung über die Bedeutung des wichtigen Antrages, der in der Bezirkssitzung gegen 12 Stimmen angenommen ist, auf, welcher lautet: „Jeder Funktionär muß politisch und freiheitspolitisch organisiert sein.“ Bald werden auch die Parteilisten erfahren, woher der Laden gehen soll, daß ihnen dadurch das Mitbestimmungsrecht genommen wird, denn dieser Antrag darf ja bereits keine Freiheit getragen bei der Vornahme der Wahlen zum Bezirkssitzung. Weiter verlangen wir, daß im Zufunkt bei Anwendung eines Bezirkssitzungsmittelstücks Auflösungsarbeit in kulturpolitischer Hinsicht geleistet wird, aber nicht in „Überwachung“ sondern in kultureller Arbeit, daß nicht wieder die Frage der Mitglieder nach der Versammlung auftaucht: „Zu welchem Zweck war denn dieser Genosse in unserer Versammlung?“ Eine Resolution zum Protest gegen die Maßnahmen des Bezirkssitzung betreffs unseres Genossen Stula-Löbau wurde von Seiten der SPD niedergestimmt.

Es ist nun Aufgabe der entschiedenen Freidenfer härter als bisher gegen den reformistischen Spaltungsfurs der Reformen und für den Sieg einer entschiedenen marxistischen Politik im Verband zu kämpfen! (Arbeiterkorrespondenz 618.)

Festnahme des Ebersbacher Brandstifters

Ebersbach, 26. April. Es meldet: Seit Wochen ist Ebersbach und Umgebung in Unruhe, wegen der andauernden Brände. Am mal eine Streife, wobei man in einer Feuerwehr in Spreedorf einen ehemaligen Ebersbacher Einwohner nennen Raceng antrat, der für die Brandstiftungen in Frage kam. Raceng ist polnischer Abstammung und war in Ebersbach verheiratet. Er lebte mit seinem Hauswirt und seiner Frau in Unfrieden. Deshalb wurde er auch Anfang April zwangseweise ermittelt. Seit 9. April trieb er sich in der Gegend umher und nächtigte in Scheunen, Schuppen und Feuerwehr, die er meistens, wohl aus Gründen seiner nicht annehmbaren Anwesenheit, bei dem eingehenden Raceng, die ganzen Brände, auch die in der nächsten Umgebung, wie Dörrhennersdorf und Wiedenthal auslöste.

Maiveranstaltungen

Mittwoch, den 1. Mai:

AG Leisnig	19.00 Uhr	Restaurant Schweizeri.
Niederpöhlitz	20.00	Restaurant Erbgericht.
Reichenbach	20.00	Restaurant Gasthof.
Seiffenheuersdorf	20.00	Gasthof.
Dippoldiswalde	13.00	Demonstration.
Altenhain	19.30	Restaurant Kraut.
Kreischa	19.30	Restaurant Kraut.
Neugersdorf	19.30	Gasthof Lungwitz.
Pöba	19.30	Ref.: M. Schneider.
Ebersbach	9.30	Demokrat.
Oberriedersdorf	15.00	Demokrat.
Doberschau	8.00	Demokrat.
Zittau	—	Restaurant Mandaujägerne.
Pausa	13.00	Demokrat.
Laubegast	12.00	Demokrat.
Dörschna	13.00	Ref.: H. Opp.
AG Pannwitz	9.	Ref.: M. Schneider.
Niederberg	9.30	Demokrat.
Ottendorf-Ostrilla	9.30	Ref.: Dr. Helm.
Bautzen	14.00	Haupimarkt.
Bautzen	20.00	Ref.: Schwarze.
Heidenau-Nord	9.30	Im Bahnhof.
Pirna	13.00	Ref.: Gabel.
Pirna	20.00	Bollshaus.
Königstein	9.30	Carolastraße Wendischhähne.

Berggießhübel 9.30 Marktplatz Gottleuba.

Bischofswerda 8.30 Marktplan.

Brodwitz 14.00 Zentralgasthof.

Meißen 12.30 Ref.: Vene Gläser.

Pausa 10.00 Ref.: Haus Voigt.

Rähnitz 14.00 Restaurant Hoffnung.

Kunnersdorf — Ref.: Kunath.

Kötzschenbroda 9.30 Wagner.

Dresden 14.00 Schatz Ecke, Radebeul.

Dresden 15.00 Böhl, Wilhelmplatz.

Dresden 15.00 Siegel, Renner.

Stadtteil 2 9.30 Rathmannsdorfer Höhe.

Stadtteil 2 19.30 Dahms Restaurant.

Heidenau 19.30 Schürenhaus.

Stadtteil 2 19.30 Ref.: Gabel.

Rathmannsdorf-Siersa 19.30 Stadt Braunschweig.

Montag, den 29. April 1929:

Reinhardtsdorf 19.30 Uhr Stadt Leipzig.

Teichenberge .

D

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen

D

Pirna

Milch ist nicht Milch!
Qualitätsmilch und Kauflandmilch liefern
in gerechten Preisen nur die Kosten.

"MIGENO" PIRNA

Unter der Verantwortung des Gesäßes an einer
Firma der Arbeitsmarktschafft Pirna sowie durch
die Kaufmännischen Parteien in der Amtsh. Pirna

Markt-Drogerie
Gutsgasse 1
Arno Kretsch Nachfolger

A. Sachse Feinbäckerei
Friedrichstraße 3

Friedl Jürgen
Schneiderei, Käsekäserei, Fleischerei
Friedrichstraße 27

Kurt Reed
Wursthandlung
Herrnhuter Straße 1

Wursthandlung 2001, Name Stadt,
Schloßstraße 4
Karl Reichenbach, Stadt + Büffetbau

Schokoladenhaus
Reichweite 6000, Poststr. 10

Bleyle-Kleidung
Wollwaren
Ludwig Schmid, Leipziger Str. 11

Junge- und Kindergeschäft
Kaufhaus, Leipziger, Leipzigerstraße
E. Jäger, Leipzigerstraße 10

Leder
Karl Altmühlen, Badegasse 1

Wursthandlung, Das ist authentischer
Käse für Frischkäseverarbeitung
Kurt Röder, Käse
Käseproduktion, Leipziger Straße 10

Hauswald Lebensmittel
Leipziger Straße 11

Niedersedlitz
Krug Schröder, Bahnhofstraße 7
Käse, Butter, Käse, Butter
Käseküche

Butter, Butter, Butter, Butter, Butter
Käse, Butter, Butter, Butter, Butter
Käse, Butter, Butter, Butter, Butter

Heldenauf-KL-Sellitz
Bäckerei Max Berger
Gleimstraße 11

Birkwitz b. Hohenau

Fleisch- und Wurstwaren
Oskar Groß, Nr. 41

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Arthur Melchers, Birkwitz Nr. 21

Gasthof Birkwitz
Ballroom, Kegelbahn und Garten
Max Hänsler

Dora Petschel
Kolonial- und Textilwaren
empfiehlt sich der Arbeiterschaft

Heldenauf-Gommern

Freiheit aller organisierten Arbeiter und Ge-
werken! Hubis Restaurant
Heldenauf-Gommern, Weststraße 1

Königstein

Gasthof zum Bielatal
Ladengeschäft bei organisierten Arbeiterschaft

Paul Sude, Bielatalstraße 74
Kolonial- und Süßwaren

2000-Bielausgabe, Zengelstein, große Zusam-
menfassung in Bielausgabe, Süßwaren und
Lebensmittel

Schneiderei Röder, Poststr. Deringerstr. 138
Spielkasse Nr. 2010, Butter, Käse u. Eier

Rudolf Röller
Schuhwaren aller
Art, Hermann-
Herrnstraße 147

Max Möckritz
Herrnstr. 1b
Kolonial- und
Schuhwaren

Schneiderei Röder, Bielatalstraße 84
Süßwaren, Getreide- und Butterwaren, Jause
und Eier, Käse, Butter, Käse u. Käseküche

Pirna-Copitz

Brot- und Brötchen
Brotbestellung / Brotbackerei

Schläger und Käsewaren
Karl Käfer, Friedliche Straße 2

Käse- und Wurstwaren
Karl Käfer, Friedliche Straße 2

Hanne Dröher, Textilwaren
Pirna-Copitz
Frosch-Raben, Hauptplatz 14

Brot- und Wurstwaren
Käthe Weißer
Friedliche Straße 2

Käse- und Wurstwaren
Käthe Weißer
Friedliche Straße 2

Heldenauf

Benaks Bäckerei, Café
und Weinstuben empfehlen
sich eines regen Besuches
Pirnaer Straße 44

Käse- und Wurstwaren
Käthe Weißer
Friedliche Straße 2

Textil- und Modewarenhaus
Hans Fratke

Brot- und Wurstwaren
Käthe Weißer
Friedliche Straße 2

Käse- und Wurstwaren
Paul Leopold

Heldenauf, Biergroßhandlung
Großpitsch & Gohn

Biergroßhandlung
Joh. Böhme, Pirnaer Straße 29

Möbelhaus Mütze
Heldenauf, Hermannstraße 2

Braut-Ausstattungen
Gegenstände niedrige Preise
Trachtenanzüge

Kreischa

Textilwaren
Wilhelm Hanisch
Dohnauer Straße 2
Post u. Käthe Weißer, Nr. 2, zwei
Dekorationen von Otto Weiß, Nr. 1, und 2, beide
Geschäfte sind sehr gut.

Käse- und Wurstwaren
Käthe Weißer, Friedliche Straße 2

Hilfsschule

Postamt

Postamt

Postamt

Postamt

Löditz

Plötzschitz

Pillnitz

Pöhlitz

Die SPD für Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung

Ein Gesetzentwurf der Koalitionsregierung — Beitragserhöhung gefordert — Erwerbslose, Betriebsstätige, mehrt euch!

Der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Hilsberg führte am 25. April im Reichstag an, daß die Regierung zur Entscheidung der Reichsfinanzen eine Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vornehmen werde. Ein dementsprechendes Gesetzentwurf sei schon in Vorbereitung. Damit ist allerdings bestätigt, was auch Wilhel in seiner Debatte bereits anscheinend hatte. Die Koalitionsregierung will paten, aber nicht gefährdet werden. Die Kosten des Militarismus, sondern auf Kosten der arbeitenden Erwerbslosen.

Soebel als leitender in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwurf befürchtet ist, soll den Saisonarbeitslosen die Erwerbslosenunterstützung ganz entzogen werden. Ferner sollen die Vollzeitarbeiter über angeblich unbedeutsame Arbeitsverweigerung äußerst verschärft werden. Die Pläne laufen darauf hinaus, daß, wenn verschärft werden. Die Pläne laufen darauf hinaus, daß, wenn ein Erwerbsloser zweimal eine vermittelte Arbeitsstelle nicht annehmen, und möglicherweise die Gründe noch zu berechtfest sein, er keine Unterstützung mehr bekommen soll, es sei denn, er habe eine neue Anwartschaft erlangt. Weiter soll die Vermittlung von Arbeitskräften auf das Land mit Hilfe der verlässlichen Behörden eingezogen werden. Da alle Arbeitskräfte, die auf dem Land Arbeit annehmen müssen, zu den sogenannten Saisonarbeitslizenzen zählen, fallen sie ebenfalls aus der Erwerbslosenunterstützung heraus und ermöglichen der Reichsanzahl große Einsparungen. Das sind einige bisher bekannte Gesichtspunkte, nach denen die Koalitionsregierung ihren Gesetzentwurf ausspielt. Auf jeden Fall ist eine angeborene Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung geplant.

Die SPD-führende unterstüzt diesen Regierungsvorschlag gegen die Erwerbslosen nach Kräften. Ebenfalls am 25. April hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit der Frage beschäftigt und einstimmig eine Entschließung angenommen, deren entscheidender Teil lautet:

Um die Reichsanzahl für ihre weitere Tätigkeit ausreichend zu finanzieren, erklärt sich die Fraktion bereit, einer notwendigen und bestellten Beitragserhöhung ihre Zustimmung zu geben. Sie ist zur Belebung nachweislich bestehender Mißstände bereit. Die Prüfung und Feststellung tatsächlich vorhandener Mißstände und Vorschläge und deren Beurteilung sollen durch eine aus Sachverständigen des Parlaments und der bestellten wirtschaftlichen Vereinigungen bestehende Kommission erfolgen."

Diese Resolution bringt zum Ausdruck, daß die SPD die Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung mit herbeiführen wird. Gleichzeitig erhebt die SPD die Forderung nach Erhöhung des Beitrages zur Erwerbslosenversicherung um 1 Prozent. Es ist klar, daß die SPD die Teilnahme an einem solchen Vertrag durch allerhand Täuschungsmanöver verschleiern muß. Wieder kündigt die SPD-Presse, daß man die Verschlechterungen nur in Kauf nehme, um noch größere Verschlechterungen abzuwenden. Die Beitragserhöhung wird sogar als ein Vorteil für die Arbeiterschaft dargestellt, obwohl durch diese Beitragserhöhung die Arbeiterschaft mit 115 Millionen Mark neu belastet würde. Die SPD-Presse mißt in demagogischer Weise die Loffelse an, was sich ein Teil der Unternehmenspreise gegen die Erhöhung der Beiträge ausgesprochen hat. Es ist richtig, daß auch ein Teil der Unternehmer die Beitragserhöhung fordert, während sich ein anderer Teil dagegen ausgesprochen hat. Aber für das Unternehmertum ist die Beitragserhöhung nur eine tiefgründige Frage. Wenn die Unternehmer dafür auf andere Weise kappt und dreifach entlastet werden, werden sie mit Verzehrungen der Beitragserhöhung zufrieden, da sie eben eine neue große Belastung der Arbeiterschaft bedeutet. Die Arbeiterschaft aber, die unter der steigenden Inflation leidet, der man jeden Penny Polsterbelohnung verwiegern will, muß gegen jede neue Belastung kämpfen. Die Arbeiterschaft sieht, wie für die militärische Ausbildung, für Tena, Polizeizwecke, Kassenfürsorge, Unternehmerlubionen, Generalversammlungen, um Milliardensummen ausgegeben werden. Die Arbeiter werden es daher als frechen Hoch zu erkennen, wenn der "Vorwärts" vom 26. 4. folgendes zu schreiben sagt:

„Das in Jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Schulung erstarnte Solidaritätsgefühl unserer Arbeiter und Angestellten bürgt dafür, daß sie sich auch in diesem Augenblick, um einen Abbau der Arbeitslosenversicherung abzuwenden, von keiner anderen Bevölkerungsschicht an Opferbereidigkeit übertragen lassen.“

Eine solche Fragestellung weist die Arbeiterschaft zurück. Die Arbeiterschaft fordert, daß die herrschende Klasse die Mittel zur

menschennörigen Unterhaltung der Arbeitslosen aufbringen muß. Darum geht der Kampf, es geht gegen jede Verschlechterung der bestehenden Bevölkerung, um bessere Unterhaltung und bessere Bedingungen für die Erwerbslosen, gegen jede neue Belastung der Arbeiterschaft.

Als vor 1½ Jahren das Sicherungsgesetz beschlossen wurde, sagten wir mit aller Deutlichkeit, daß es die Basis zu immer neuen Angriffen gegen die Arbeiterschaft sein wird. Die

Socialdemokratie behauptet, das Gelehrte sei die Grundlage zu Ausbau und Verbesserungen. Unsere Voransagen sind in vollem Umfang eingetroffen. Auch nicht die geringste Verbesserung wurde eingeführt. Bei allen Angriffen hat die Pläne der Bürgerlichen gedacht und die verteidigt, sie hat die kämpfende Arbeiterschaft als „Gehindel“, „Parasiten“ und „Faschismus“ beschimpft.

Es darf nicht gewartet werden, bis die angekündigte Reform beschlossen ist. Es ist notwendig, schon jetzt in den Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen hierzu Stellung zu nehmen und eindeutig zu fordern, daß nicht nur jede neue Verschlechterung abgewehrt wird, sondern daß die bereits eingeführten Ausnahmestellungen und Unterdrückungsmethoden bestätigt werden.

Die Belegschaft von Molty, Freital gegen Glasarbeiterchiedspruch und reformistischen Verrat

Am Donnerstag, dem 26. April fand eine gutbesuchte Belegschaftsversammlung der Glashütte Molty in Freital statt. Das Referat über den ersten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme am 1. Mai, hielt Genossen Zwicker, Dresden. Seine Ausführungen, in denen er die Entwicklung des 1. Mai als Kampftag des Proletariats und die Verschärfung des 1. Mai durch die Reformisten als einen Maientrichter aufzeigte, wurden von der Belegschaft in der Verabsiedlung zweitmalet aufgenommen. Die Diskussion brachte zum Ausdruck, daß die Arbeiter der Firma Molty am 1. Mai unter revolutionären Rahmen marschierten.

Kollege Berthold Schmidlich gab den Bericht über die Verhandlungen im Arbeitsministerium. An seinen Ausführungen war zu erkennen, daß der Reichsstatthalter der Gruppe Glas, so wie er jetzt vorliegt und wie er von der Reichskommissarkommission angenommen wurde, keineswegs den Forderungen der Arbeiterschaft Rechnung trägt. Folgende Entschließung gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die Belegschaftsversammlung der Glashütte Molty, Freital, hat am 26. 4. eingehend zu dem Schiedspruch des Reichsstatthalters Stellung genommen. Sie erklärt sich mit der Entstaltung der Tarifkommission nicht einverstanden, da sie über die Räte der Mitglieder die Annahme beschlossen hat, und spricht ihr deshalb das Misstrauen aus.“

Kollege Schmidlich gab dann noch einen Bericht aus der letzten Beratungssitzung des Verbandes und teilte mit, daß dort Kollegen ausgeschlossen wurden, die 21 und noch mehr Jahre Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes waren. Der Ausschluß erfolgte, weil diese Kollegen die Politik der revolutionären Gewerkschaftsopposition durchführten und bei der Betriebsrätewahl auf oppositionellen Listen kandidierten. Auch hier erfolgte einstimmig eine Entschließung folgenden Inhalts zur Annahme:

„Die am 25. 4. 29 tagende Betriebsversammlung von Gebr. Molty nimmt Stellung zu den Ausschlüssen der Ortsverwaltung Dresden und missbilligt diese als schändlich. Die gutbesuchte Versammlung verlangt die sofortige Wiederaufnahme der Ausschlüsselten.“

Arbeiterkorrespondenz

Gegen den Schiedspruch in der Papierindustrie

Der Schiedspruch für die Papierindustrie wurde von der Belegschaft der Firma Hösch u. Co. in Pirna mit großer Mehrheit abgelehnt. Von ca. 1300 Arbeitern stimmten 90 Prozent dagegen.

Was heute alles in Gewerkschaftsversammlungen möglich ist

Am 26. April tagte im Volkshausale die Biertelsjahrsgeneralversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, Zahlstelle Dresden, die einen typischen Beweis für die Richtigkeit der kommunistischen Gewerkschaftstatistik ergab. Obwohl feststand, daß sich die Ortsverwaltung angemeldet hatte, 10 Ausschlußanträge gegen Betriebsrätekandidaten, die teils 28 Jahre den Gewerkschaften angehören, beim Hauptvorstand zu stellen, wurde dieser Punktauf der Tagesordnung gar nicht erwähnt und die Reformistische Gaule erwähnte dieses auch in seinem Biertriebbericht mit keinem Worte. Ein Antrag des Betriebes Molty, Freital, sollte einfach unterschlagen werden, und erst nachdem der Genossen Pohl, Freital, die Sache zur Sprache brachte, bewies sich der als Versammlungsleiter fungierende Angestelltenwärter Banno dazu, den Eingang des Antrages zu gebieten, aber, so führte er aus: er kommt nicht zur Behandlung, weil er nicht von 20 Mitgliedern unterschrieben sei (?) Als darauf der Genossen L. nachwies, daß die Verwaltung bestrebt sei, von den Mitgliedern Einhaltung der Statuten zu verlangen, daß aber die Verwaltung fehlt, dort wo es ihm paßt — wie bei den Ausschlußanträgen — auf das Statut pfeift, herrschte eisiges Schweigen bei der Verwaltung. Obwohl § 14 3. 4 ausdrücklich sagt: „Der Ausschluß eines Mitgliedes wird auf Antrag des Zahlstellenleiters — in Ausführung eines Beschlusses der Mitgliederversammlung bzw. Vertreterversammlung vom Hauptvorstand vollzogen. Das auszuschließende Mitglied ist von dem Ausschlußantrag in Kenntnis zu setzen, bevor darüber in der Mitgliederversammlung verhandelt wird“, werden hier die Mitglieder gar nicht geziert.

Die wirklichen Gründe für die Maßnahmen der Verwaltung enthielten dann ebenfalls der Versammlungsleiter, nämlich, weil es die Opposition gewagt hat, ihm und seinesgleichen ihre reformistischen Sünden — in Wort und Schrift vorzuhalten, des-

halb Ausschluß der Sünder um jeden Preis, auch mit Statutenverstechungen. Der Opposition enthielt er damit nichts Neues, wohl aber durfte keinen Verwaltungsfreunden dies offene Einheitsnis nicht besonders angenehm gewesen sein. Als jedoch der Genossen Werner, von Müller u. Bach, sich gegen die Anwürfe des Reformisten Banno zu verteidigen suchte, wurde, in einer reformistischen Runde, der Genossen Werner an der Beendigung seiner Entgegnetung durch Fülligentrappe (wahrscheinlich bestellter Knackeler) verhindert. Es wurde ein Schlussantrag gestellt und prompt angenommen und damit die trüffeligen Punkte — für diesmal — besiegt. Es wurde nicht über die Frage der Ausschlußanträge diskutiert und nunjemehr von der Mehrheit die von der Opposition eingeholtie, wirklich sehr zähne. Entschließung gegen die reformistische Tafel allgemein und der Ausschlußfrage insbesondere niedergestimmt. Anscheinend war für 90 Prozent der Versammlungsbefürcher der nachfolgende Film „Die Weber“ die Hauptfache, und die Vorgänge im Verband Neheim. Es gelang den Regisseuren diesmal noch, die Opposition zu hemmen, doch: Ihr kommt uns, aber ihr zwingt uns nicht! Die Befreiung der Arbeiterschaft wird ihr eigenes Werk, und nicht das Werk der derzeitigen reformistischen Führer, sein. Leider führt die „Dreigänger“ aus dem Schauspiel „Die Weber“ heute nicht mehr in den Fabriktagen allein, sondern werden wesentlich verstärkt durch die Gewerkschaftsbüros. Doch es kommt der Tag, wo die Nachkommen der „Weber“ Lust haben, wo dann die Verzäter genau so zittern als die „Dreigänger“ in dem gesegneten Film.

Beratmorale Redakteure: Für Politik: Bruno Goldammer; für Gewerkschaftliches: Albert Zwicker; für Soziales, Gewerkschafts- und Sport: Willi Börrer; für den Interessenrat: Arthur Burckhardt; sämtlich in Dresden. Berlin: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H. Druck: Peuzag, Dresden

dieren.“ antwortete er nicht ohne Befriedigung, endlich einmal auf einem Gebiet überlegen zu sein.

Grothe lobt hochherzut. „Also ich nehme das als Zugabe.“

Sie lämen überall, aus Zweckmäßigkeit gründen die Angelegenheit vorläufig noch geheim zu lassen. Nur Rüders und Zur Linden Einverständnis wollte sich Grothe sofort sichern.

12. Kapitel

Die Nachmittagssitzung auf dem Hindenburgplatz war womöglich noch von einer größeren Menschenmenge als die des vergangenen Sonnabends besucht. Die Nachrichten vom Angriff der Waffen in Westfalen taten ihre Schuldigkeit. Um so enttäuschter waren die Arbeiter, als sie wiederum nur allgemeine politische Redewendungen hörten. Nach Schluß der Ansprachen bildeten sich überall lebhafte diskutierende Gruppen. Meiring hatte mehrere hundert Zuhörer um sich.

„Brüder“, rief er in seiner von Fanatismus durchglühten Art, „in Dortmund und Remscheid kämpfen unsere Brüder auf Leben und Tod, und wir halten die Hände im Schuh und lassen uns mit Redensarten belassen machen. Der Aktionsausschuß tut nichts als quatschen und nochmals quatschen. Wo bleiben denn die Taten? Wir wollen endlich Taten sehen, ehe es wieder zu spät ist.“

„Was macht du denn, Rüdes, du quatsch doch auch bloß den ganzen Tag; wo sind den deine Taten?“ fragte ein stämmiger Westfale vorläufig.

Meiring wurde rot. Wut freidebleich, nur seine Augen funkelten wie die einer Käse. „Ich Genossen? — Ich kenn mich doch. Ich rüttle die Massen auf, jawohl, damit sie nicht einschlafen.“

„Aufheben tuft du ja, Rüdes. Uneinigkeit häfft du wieder, wort bringt du keine praktischen Vorschläge?“ fragte der andere jüngstes, obwohl sich drohende Häute gegen ihn erhoben.

„Wir haben Bewaffnung des Proletariats und Aufruf zur Roten Armee verlangt,“ rief Meiring gereizt.

„Verlangt? Verlangen kannst du alles. Hast du auch was bezorgt? — Aber wir haben uns Waffen besorgt! Von der Einwohnerwehr, und denn das keine Taten? Und dann werden wir uns auch wehren, wenn es drauß ankommt. Oder willst du mit dem Flugzeug nach Dortmund fliegen, um dort zu helfen? Die werden sicher allein fertig.“ entgegnete der Westfale unerschrocken.

Es bildeten sich zwei Parteien, von denen eine für, die andere gegen den Aktionsausschuß Stellung nahm. Plötzlich turkte ein Arbeiter auf die Schulter des anderen.

Brennende Ruhr

Roman von Karl Grünberg

45

Letzteres zu Seitenverlag, Bautzstadt

Mary tippte auf der Maschine spielend hin und her. „Sie sagten, gerade zu mir hätten Sie Vertrauen, warum denn gerade zu mir?“ fragte sie mit leiser Stimme.

Er wurde verlegen, wußte nicht, was er auf diese peinliche Frage antworten sollte. Schließlich wählte er eine harmlose Deutung und sprach: „Nicht nur Sie allein, Mary, es schmerzt mich allgemein, wenn ich verkannt werde, auch von Hannes.“

„Ach so!“ — Er bemerkte kaum die Enttäuschung, die aus diesen beiden Worten langsam, denn sie stand auf und begann in überraschtem Tone: „Das kann ich wohl verstehen, alsße es annehmen. Vater, z. B. hält große Stücke auf Sie. Er

„Was liegt er?“ — fragte er neugierig, da sie plötzlich wieder abblickte. Sie blieb ihm groß und frei in die Augen.

„Doch Sie noch den Weg auf unsere Seite finden werden!“ Sutrom mußte erst mehrmals schlucken — er dachte in diesem Augenblick an ein anderes Mädchen und eine andere Partei — dann gab er sich einen aufrechten Rücken.

„Sie leben, Ihr Vater hat io unrecht nicht. Ich habe lange gekämpft und geschworen und mit mir und anderen gerungen, ehe ich den Weg fand. Jetzt liegt er ziemlich klar und offen vor ich doch auch kein Sozialdemokrat mehr. Lassen Sie mit Zeit! — Ich bin nun mal ein Mensch mit etwas longer Bestung, aber Ihre Augen leuchten fröhlich auf.“

„So gefallen Sie mir besser, als wann Sie für diese Geldsackrepublik Kohlen pissen wollen.“

Grothe kam mit verzögtem Gesicht zurück. „Es ist alles Ordnung, den Brief schicken wir um sieben Uhr mit einem Burschen nach dem verabredeten Punkt. Selbstverständlich lassen wir es unauffällig beobachten, vielleicht, daß wir diesem mysteriösen Herrn Rothorn auf die Spur kommen. Jetzt aber

ist es Zeit, nach dem Hindenburgplatz zur Kundgebung zu gehen. Man weiß schon gar nicht mehr, wo einem der Kopf steht.“

„Das wadete Mädel arbeitet auch unablässig,“ sagte er, als sich die Tür hinter Mary schloß. „Es ist immerhin ein Trost, zu wissen, daß auch dormizierende Schüler in ihren Diensten sind.“

„Ich würde mich auch gern irgendwo zur Verfügung stellen,“ sagte Sutrom mitgerissen.

Grothe sah ihn aufmerksam an. „Du warst doch Offizier oder Offiziersaspirant? Vielleicht können wir dich noch gebrauchen, wenn wir mit unserer Arbeiterwehr durchdringen. Wir wollten von Anfang an den Selbstschutz der Arbeiter durchführen, aber Kreis und Oberjäger waren dagegen. Sogar die Einweihung der Einwohnerwehr gehörte gegen ihren Willen. Wir sollen uns lediglich mit einer Art Einwohnerwehr begnügen, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen.“

„Gegen die militärischen Organisationen werden ihr damit aber nichts ausrichten,“ ließ ihm Sutrom ins Wort.

„Das ist es ja, was die nicht einsehen wollen,“ rief Grothe aufgebracht. „In Westfalen wissen sie natürlich ganz genau, daß wir recht haben, aber sie wollen vermelden, einen Schritt weiterzugehen, als ihren famosen Obergenossen recht ist. Sogar der Teil ihrer eigenen Genossen ist gegen die Bremser. Jetzt, wo die Nachrichten aus Westfalen den ganzen Ernst der Situation aufzeigen, werden wir vielleicht durchdringen. Und wenn nicht — nun, dann nehmen wir die Sache selbstständig in die Hand. Der Meiring bestimmt uns schon vorweg mit der Forderung: Aufzug zur Bildung einer Roten Armee! Und er hat sehr viel Anhang unter den Arbeitern, vor allem bei denen von „Beate“. Wir sind lediglich aus politischen Gründen gegen den Namen. Wir nennen es Arbeiterwehr, die Hauptstufe ist eine regelmäßige militärische Gliederung, Einteilung und Disziplin.“

„Da hast du vollkommen recht, davon fehlt es ancheinend auch hier im Aktionsausschuß. Ihr müßt euch vor allem die Arbeit spezialisieren, euch einander ableiten, sonst seid ihr tödlich, wenn es wirklich hart auf hart kommt.“

„Ich habe schon vorweg gesagt, daß die Forderung getroffen wird. Aber wie sieht es nun mit dir? Uns fehlt es an militärischen Fachleuten. Ich habe zwar auch meine vier Jahre Kriegserfahrungen und mich theoretisch oft und viel mit der Formierung einer Arbeiterarmee beschäftigt. Wenn's so weit ist, werde ich wohl den Führer machen müssen, aber ich würde lieber einen anderen, der da mehr Erfahrungen hat. Platz machen oder möchte ihn wenigstens als Sachverständigen haben.“

Sutrom fühlte sich mächtig gefragt. „Ich habe im Kriege mehrmals Kompanien geführt und getraue mich zur Rot — d.h. wenn kein anderer da ist — sogar ein Regiment zu kommandieren.“

G

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost Sachsen

G

Dresden-Löbtau

Kesselsdorfer Straße 14
Sachen mit aller kleinen Spezialitäten, Blumen und Seifen, auch Hausschlüsselwaren, Wäsche, Socken, Herrenarbeits- und Bürgewaren, Unterwäsche und Auswahl von jeder Sorte.

BLOUSENFCKE
Sachen für Arbeitsschafft ab 100,- Kleider
110,- Webergasse, Ecke Altmarkt

Max Schmalz
Feine Fleisch- und Wurstwaren
Wernerstraße 44

Zigaretten, P. M. Müller
Fabrik- und Süßwaren, Groß- und Kleinhandel / Gohliser Straße 10, Ecke Stolzenstraße / Ruf 16852

Wohin? Nach der
Kümmelschänke Omsewitz
Straßenbahnenlinien 119 und 20

T. Bienert
Mehl / Grieß
Mühlen - Packung

Kauflaus Steinhart
Löbtau
Kesselsdorfer Straße 17

Dresden-Friedrichstadt

Joh. Görlitzer Farbenspezialgeschäft
Schäferstraße 14

Br. Rößler Möbelhaus
Schäferstraße 35

Emil Stiebitz, Schäferstraße 59
Weinhandlung / Spirituosen / Böttcher

H. ARWEILER
Inhaber: M. Reiter
Wall- und Weißwarengeschäft
Schäferstraße 56

Josef Müller's Restaurant
Schäferstraße 24

Bäckerei Franz Pabsch
Manlius, Ecke Schäferstraße

Bellevue
Pfeffig, Bonbons und Sonstiges
ff. Ballmusik
Waltherstraße 97

Schuhmacher Hugo Günther
Wahlstraße 63

Kurt Potters Feine Fleisch- u. Wurstwaren
Manufaktur, Ecke Schäferstraße

Willy Lohse
Feine Fleisch- und Wurstwaren
Collauer Straße 3b

Dresden-Döllsdorf

Großes Hotel, Schäferstraße 6, Tel.
40 630. — Döllsdorf, üblicher Brotzeit
Jeden Sonntag 11 Uhr

Edwin Lehmann, Altbörschen 7
Holz- und Kohlenhandlung

Anna Werm. Gierach, Mittler Straße 2a
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Verlangen in den Kleingeschäften
Wurstwaren der Firma

Bernhardi Schlesinger

Dresden-Leubnitz

Max Braun, Fleischermeister
Alt-Leubnitz 4

Ländereprodukte, Wild und Geflügel
E. Knöbel, Alt-Leubnitz 13

Kolonialwaren, Tabake, Zigarren, Zigaretten
Max Brünner, Alt-Leubnitz 91

B. Fleisch- und Wurstwaren
Alfred Richter, Fleischermeister, Fröhlichs 14

Übers / Goldwaren / Optik / Schreibgeräte
Karl Vogt, Finkenfangstraße 38

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Willy Hähnsch, Finkenfangstr. 36

Konditorei und Cate
Paul Müller, Beest- u. Versandgeschäft
Arzneimittel-Familienunterhalt, Gohliser Straße 1

Wild, Geflügel, Feinkost
Oskar Grundmann
Kesselsdorfer Straße 19, Ruf 10602

Victoria-Drogerie
Kesselsdorfer Straße 30
Drogen — Farben — Lacke

Gerhard Römer
Sachsenhäuser Straße 1 / Delikatessen, Konserven, Kolonialwaren

Paul Eichner, Weidener Straße 2 (Ecke
Wernerstraße) Feinbäckerei und Konditorei

Max Lohse, Kohlehandlung
Gohliser Straße 9

Reserviert 150

Frisieur Döring, Ortsberger Straße 14,
Ecke Bahnhofstraße, nicht mehr Kesselsdorfer Straße 31

+ Brogerie und Photohaus am Kronprinzenplatz
gut und billig

150

Milch, Molkerei-Produkte

150

MAX HERZOG

Verkaufsniederlage der
Dresdner Preßhefen- und
Kornspiritus-Fabrik, Sonst
J. L. Braunsch

Kesselsdorfer Straße 19
Spezialgeschäft für Weine,
Spirituosen und Liköre

150

+ Reisewitzer Drogerie
Reisewitzer Straße 90
Spezialgeschäft für sämtliche Reise-Artikel
Großes Lager im Photo-Apparaten

150

Möbelhaus Richard Schmiede
empfiehlt seine große Auswahl
in Möbeln aller Art
Hauptgeschäft: Bahnhofstraße 46
Filiale: Kesselsdorfer Straße 31

150

Beerenweinschänke Schramm
Familien-Ausflugsort / Kinderspielplatz
Niedergörlitz-Niederspree
Straßenbahnlinie 7 bis Wülknitz an der ver-
bindenden Grenzstraße / Autobuslinie A bis
Post Goritz / Telefon 29431

150

Reserviert 150

+ Drog. zum weißen Kreuz
Ahr, Sachsenbergstr. 24
Telephone 1069

150

Sonstige Lebensmittel

150

Drema A-G.
Dresden

Würzburger Straße 9

+ Drog. zum weißen Kreuz
Ahr, Sachsenbergstr. 24
Telephone 1069

150

Den eleganten Luxusschuh

wie den Gebrauchsschuh kauft Ihr am besten im

Schuhhaus Schmidt

Wurzacherstraße 1 / Tel. 86434

Eigene Reparaturwerkstatt

150

+ H. Hacke, Elektrische Mangel

Potthauerstraße 41

150

+ Feine Fleisch- und Wurstwaren

kauft man gut und preiswert bei

Raimund Tietze

Potthauerstraße 32

150

+ Franz Rödl Potthauerstraße 86
Potthauerstraße 87

150

Manufakturwaren / Gutscheine

Büffelederreinigung 95 eh.

150

R. Wetzel Schrimbifrik
Inh. R. Schmitz, Bönschplatz 4

150

+ Wilhelm Fahrtradhaus

Nähmaschinen, Grammophone

Zahnärztekleinmachungen

Bönschplatz 14 / Eigene Reparaturwerkstatt

150

Tanzpalast Blumensäle

150

Dresden-Striesen

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Emil Otto, Schandauer Str. 61

150

ELEKTRO-FEIST

Ausführung elektr. Licht-, Kraft-

und Schwachstrom-Anlagen

sowie sämtlich. Beleuchtungskörper

150

Fahrräder / Nähmaschinen

Dirkopp, Opel, Torpedo

10 Mark Anzahlung, 3 Mark pro Woche

J. Kubis, Schandauer Straße 59

150

Getränke-Industrie

Josef Schwarz, Biergroßhandlung

Mineralwasserfabrik, Spenerstraße 16

150

Dampfwäscherei

Ideal

Spenerstraße 16 / Tel. 81068

150

Fisch- u. Delikatessenhandlung

A. Sellert, Wittenberger Straße 99

150

Gasthof zur Eule

jeden Sonntag 11 Uhr

Paul Schreiber, Grundstraße 100

150

Bergrestaurant zur Schweizerlei

Max Fischer, Ulrichstraße 5

150

Demitz-Thumitz

Apotheke

Demitz-Thumitz

Hauptstraße 45

150

Schänke, Sticks, Beizige und Reparaturen

Ewald Kuhl

Bc. Schandauer und Leopoldstraße 15

150

Fischwaren und Delikatessen

Johannes Pagels, Borbergstr. 24, Tel. 81 660

150

Lebensmittel und Haushaltswaren

mit Motorbetrieb

Feinst Erzeugnisse, überalltop Qualität

Bruno Kluge, Tittmannstr. 33

150

Restaurant „Zur guten Quelle“

Inhaber: Erich Schneider

Franz-Josef-Straße, Ecke Reichenstraße

150

Hermann Herberg

Kesselsdorfer Straße

Müle / Müzen / Peize

150

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Max Pahlitzsch

Löbauer Straße 102

150